



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
13. Sitzung	Donnerstag, 14. Januar 2016 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Ursula Haag, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Ursula Spinnler Marco Küng
Anwesend	35 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Christoph Bossard Silvia Dingwall Daniel Meier Christa Ochsner Christoph Villiger
Ende der Sitzung	22.10 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2016/01	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle	293
2	2016/02	Inpflichtnahme Jacqueline Magni, EVP, anstelle von Brigitte Schmid	294
3	2015/25	Budget 2016 mit Festlegung des Steuerfusses	294
4	2016/03	Ersatzwahl von zwei Mitgliedern in die Finanzkommission (Rücktritt von Ursula Haag und Clemens Bischofberger)	312
5	2015/30	Anfrage SP/Grüne-Fraktion betreffend OASE, Ostaaargauer Strassenentwicklung; Beantwortung	312
6	2016/04	Postulat Fraktion SP/Grüne, Kernkraftwerk Beznau, Strahlenbelastung der Obersiggenthaler Bevölkerung	313
7		Dringliche Motion	314
8	2016/05	Umfrage	315

Ursula Haag, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur 2. Hälfte der Legislaturperiode 2014/17 als Einwohnerratspräsidentin. Ich hoffe, wir werden in den nächsten zwei Jahren spannende und wenn nötig auch heftige Diskussionen zu den einzelnen Geschäften führen können. Natürlich sollen die Voten fair und fundiert gehalten werden. Es ist mir bewusst, dass wir keine leichte Aufgabe zu bewältigen haben. Wir beginnen das neue Jahr ohne ein bewilligtes Budget. Die Bevölkerung war mit unserer Entscheidung offensichtlich nicht zufrieden gewesen. Schon heute Abend müssen wir eine Lösung finden, welche auch vom Volk angenommen wird. So werden wir in den nächsten zwei Jahren sicher einige Geschäfte verabschieden müssen, welche bei der Bevölkerung nicht nur auf Zustimmung stossen werden. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass wir als Einwohnerräte vom Volk gewählt und somit auch dessen Sprachrohr sind. Unsere Gemeinde soll attraktiv für die ganze Bevölkerungsschicht bleiben. So wird es für uns ein Balanceakt werden, die Bedürfnisse mit dem jetzt angesagten Sparwillen oder auch Spardruck unter einen Hut zu bringen. Wir haben ja gestern die Hiobsbotschaft von der Alstom mit dem Stellenabbau erfahren. Leider wird unsere Gemeinde von diesen Entlassungen nicht verschont bleiben. Ich kann nur hoffen, dass wir für alle Betroffenen die nötige Unterstützung bieten können.

Jetzt möchte ich noch einige Punkte zum allgemeinen Ratsbetrieb ansprechen: Ich bitte euch, eure Voten laut und deutlich abzuhalten. Es ist auch gegenüber unseren Zuschauern fair, dass unsere Voten in den hinteren Reihen verstanden werden. Anträge zu den Geschäften müssen schriftlich, klar und verständlich formuliert eingereicht werden. Da wir in den letzten zwei Jahren zum Teil erhebliche Probleme beim Auszählen der Stimmen hatten, bitte ich euch, eure Arme deutlich in die Luft zu heben, damit bei der Stimmabgabe und Auszählung keine Unstimmigkeiten entstehen. Ich werde alle Abstimmungen vollständig auszählen lassen, damit im Protokoll der jeweiligen Sitzung bei jedem Geschäft ersichtlich ist, wie die Stimmabgabe erfolgte. Weiter möchte ich Euch darauf hinweisen, dass laut Geschäftsreglement des Einwohnerrates in § 19 Folgendes festgehalten ist: „Die Redner sprechen in der Regel stehend vom Platz aus.“ Für mich ist das nicht mehr als Anstand, wenn man auch bei Folgediskussionen immer wieder stehend Antwort gibt. Ich möchte es auch so halten, dass ich dann jeweils das Wort erteile, damit die Struktur beibehalten wird und die Protokollführerin den Voten besser folgen kann.

So wünsche ich nun ein gutes Gelingen im Einwohnerrat.

1 2016.01 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokolle

Ursula Haag: Zum **Formelles:** Das Ratsbüro hat beschlossen, dass es heute keine Pause geben wird.

Ihr habt die Traktandenliste zusammen mit den Unterlagen rechtzeitig erhalten. Folgende Mitglieder des Einwohnerrats haben sich für die heutige Sitzung abgemeldet: Christian Bossard, Christoph Villiger, Dan Meier, Christa Ochsner und Silvia Dingwall. Es sind somit 34 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 18. Dann möchte ich Euch noch mitteilen, dass der Einwohnerrat Ueli Zulauf, SP, per 14. Januar 2016 seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat gemeldet hat. Das gilt nur für den Einwohnerrat. In der Arbeitsgruppe Finanzen wird er weiterhin bleiben, bis die Arbeitsgruppe aufgelöst wird. Das Rücktrittsschreiben wird vorgelesen. Im Namen des Rates möchte ich dir, Ueli, ganz herzlich für deine langjährige Arbeit im Rat danken.

Zu den **Mitteilungen:** **Linus Egger, Gemeinderat:** Der Einwohnerrat hat am 10. Dezember 2015 die Mitglieder der Arbeitsgruppe Finanzen gewählt. Die Arbeitsgruppe konstituiert sich selber, das heisst, dass sie den Präsidenten oder die Präsidentin selber bestimmt. Damit mit der Arbeitsgruppe gestartet werden kann, hat sich der Gemeinderat bereit erklärt, die Startsitzung dieser einwohnerrätlichen Kommission zu organisieren und zu leiten bis der Präsident oder die Präsidentin gewählt ist. Vorgängig zur Sitzung wurden alle Fraktionen recht-

zeitig über das Vorgehen orientiert. Die Startsituation fand am 21. Dezember 2015 statt. Bis zum Sitzungsanfang waren keine Meldungen über Kandidatinnen und Kandidaten, welche das Präsidentenamt übernehmen würden eingegangen. Der anwesende Gemeinderat versuchte alles, damit an diesem Abend diese Position besetzt werden konnte und die Arbeitsgruppe mit der interessanten, aber aufwendigen Arbeit beginnen könnte. Der Zeitrahmen ist sehr knapp, wenn man gewisse Positionen ins Budget 2017 übernehmen möchte. Leider konnte an diesem Abend keine Präsidentin oder Präsident bestimmt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für den Gemeinderat unverständlich und enttäuschend, dass er mehr Initiative zeigt als die Motionäre, damit diese Arbeitsgruppe zum Fliegen kommt. Wir erwarten von den Motionären, dass sie Verantwortung übernehmen. Wie geht es weiter? Der Gemeinderat wird nochmals eine Sitzung organisieren, welche nun am 21. Januar 2016 stattfindet. Wir erwarten von den Motionären, dass sie sich engagiert dafür einsetzen, damit die Arbeitsgruppe eine Führung erhält und der Terminplan eingehalten werden kann. Der Terminplan ist bereits jetzt schon sehr gefährdet. Bis heute haben wir noch keine Meldung erhalten, wer das anspruchsvolle Amt übernehmen möchte.

Ursula Haag: Danke Linus. Wir haben noch einen Neueingang. Sie haben auf Ihrem Pult die dringliche Motion „Einrichtung einer Meldestelle für Sparvorschläge“ gesehen. Weil es dringlich ist, schlage ich vor, dass wir die dringliche Motion als Traktandum 7 traktandieren und Traktandum 8 dann die Umfrage wäre. Dann können wir unter Traktandum 7 die Diskussion führen, ob wir die Motion überweisen wollen oder nicht.

Ursula Haag: Zum **Protokoll:** Das Protokoll der Sitzung vom 15. Oktober 2015 haben Sie mit separater Post erhalten. Im Ratsbüro ist folgender Änderungsantrag von Erich Schmid eingereicht worden: Seite 229, dritte Zeile: Aus dem ganzen Finanzplan sieht man die Strategie nicht, welche der Gemeinderat

Patrick Hehli: Von welchem Protokoll sprechen wir?

Ursula Haag: Vom Protokoll vom 15. Oktober 2015. Das Protokoll vom Dezember 2015 ist in Bearbeitung.

2 2016.02 Inpflichtnahme Magni Jacqueline, EVP, anstelle von Schmid Brigitte

Ursula Haag: Es folgt die Inpflichtnahme von Jacqueline Magni. Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Kapitel 1 § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

Jacqueline Magni: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Ursula Haag: Ich begrüsse Sie im Einwohnerrat Obersiggenthal und wünsche Ihnen viel Spass beim Politisieren. Somit sind zurzeit 35 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt nun 18.

3 2015.25 Budget 2016

Eintreten wird nicht bestritten.

Ursula Haag: Ich weise darauf hin, dass gemäss § 6 Gemeindeordnung das Budget und die Festlegung des Steuerfusses dem obligatorischen Referendum unterstehen. Die Änderung des Steuerfusses wird an der Abstimmung vom 28. Februar 2016 den Stimmbürgerinnen und

Stimmbürgern unterbreitet. Nach Absprache mit dem Gemeinderat und dem Präsidenten der Finanzkommission wird Traktandum 3 wie folgt behandelt: Peter Marten, Präsident der Finanzkommission, wird die Erläuterungen aus Sicht der Finanzkommission darlegen. Anschliessend wird Gemeinderat Linus Egger aus Sicht des Gemeinderates zum Budget 2016 Stellung nehmen. Dann bitte ich die Fraktionen, ihre allgemeinen Voten zum Budget abzugeben. Anschliessend gehen wir das Budget ab Seite 35 bis 79 pro Abteilung durch. Anträge sind in den entsprechenden Abteilungen mit Nennung der Kontonummer zu machen. Die Abstimmung erfolgt unmittelbar nach dem Antrag. Nachher kommt die Investitionsrechnung. In der Investitionsrechnung kann nichts gestrichen werden. Darin ist alles enthalten, was im Einwohnerrat schon einmal beschlossen wurde. Seitens der Verwaltung nimmt Bernhard Wehrli, Leiter Finanzen, Einsitz.

Peter Marten: Ich beginne mit einigen Worten zum Finanzplan, obwohl er heute nicht traktandiert ist aber doch Einfluss hat auf das Budget 2016 und die folgenden Budgets. Nach dem Volksentscheid vom November ist klar, dass man aus Sicht der Finanzkommission mit einer maximalen Verschuldung von Obersiggenthal ungefähr im Bereich von maximal CHF 26 Mio. liegen kann. Das entspricht dem Legislaturziel vom Gemeinderat, welcher sagte, dass die Nettoverschuldung pro Einwohner rund CHF 3'000 betragen soll. Der Plan, welchen wir präsentiert bekamen und welchen ich Ihnen im Herbst auch vorgestellt habe, ist aus Sicht der Finanzkommission obsolet. Die jetzt aufgelegte Folie habe ich Ihnen bereits am 15. Oktober 2015 präsentiert. Die Aussagen sind immer noch gültig. Ich habe aber Ergänzungen angebracht. Bei den Investitionen muss, und ich betone das noch intensiver als im Oktober, gekürzt und der Rotstift angesetzt werden. Dass Investitionen, Ausgaben, welche im Lauf des Jahres passieren, ihren Einfluss durchaus auf die Erfolgsrechnung des laufenden Jahres haben, möchte ich Ihnen an Hand von zwei Beispielen aufzeigen. Ich hatte den Eindruck, dass dies noch nicht überall gleich klar ist. Wir haben eine Annahme, dass wir eine Investition haben zum Beispiel in ein Gebäude, kein Riesengebäude logischerweise, welche innerhalb des Jahres 2016 abgeschlossen werden könnte. Das würde dazu führen, wenn man die Abrechnung erstellen kann, dass man bereits im 2016, also im laufenden Budget, Abschreibungen und laufende Kosten hat und sich dies natürlich fortführt auch in den Folgejahren 2017. Es ist mit anderen Worten aus finanzieller Sicht absolut nötig und richtig, wenn man kleinere Investitionen, welche dieses Jahr geplant wurden, streicht, weil sie durchaus ihren Einfluss auf das Budget 2016 haben. Die länger laufenden Investitionen, hier zeige ich ein Beispiel auf, welches erst im zweiten Jahr abgeschlossen wird, also im 2017, haben im laufenden Jahr 2016 in der laufenden Erfolgsrechnung noch keinen unmittelbaren Einfluss, doch dann in den Jahren 2017 und folgende. Ich hoffe, mit diesen beiden Beispielen Unklarheiten klären zu können.

Das Budget 2016, das habe ich im Oktober bereits gesagt, hat ein grosses Problem in unserer Erfolgsrechnung. Wir haben einen Einbruch bei den Erträgen. Das ist unser grösstes Problem. Uns fehlen rund CHF 2 Mio. Steuereinnahmen. Diese fehlenden Steuereinnahmen müssen wir versuchen zu kompensieren. Die Finanzkommission, dies ist immer noch gleich wie im Oktober 2015, glaubt nicht, dass es in einem normalen Aufwand möglich ist, CHF 2 Mio. einfach zu streichen. Man kann CHF 2 Mio. einfach streichen, dann hat das aber gravierende Auswirkungen. Wieso haben wir ein Problem in 2015, welches sich allenfalls im 2016 fortsetzen wird, wenn man denken würde, der Steuerfuss müsse nicht erhöht werden seit der Rechnung 2014? Ich nenne dies einen strukturellen Steuerrückgang von rund CHF 1.5 Mio. Franken. Das Budget 2015, also vom letzten Jahr, wurde auf Basis der Rechnung 2013 erstellt. Also auf einer sehr optimistischen Basis. Dadurch ist der Steuerertrag für das letzte Jahr logischerweise zu hoch budgetiert worden. Das habe ich Ihnen bereits im Herbst mitgeteilt. Im Herbst sind wir davon ausgegangen, dass uns im Jahr 2015 rund CHF 1.5 Mio. Steuereinnahmen fehlen werden. Heute gehe ich davon aus, dass der Betrag nach den jüngsten Rechnungsläufen eher im Bereich von CHF 2.0 Mio. liegen wird. Wenn wir jetzt also normal weiterfahren und beschliessen würden, es brauche dieses Jahr keine Steuererhöhung, dann würden sich unsere Probleme kumulieren. Wir hätten dann das dritte Jahr in Folge Mindereinnahmen, welche im Bereich von CHF 1.5 und 2.00 Mio. liegen würden. Das sind CHF 4 bis 5 Mio., welche uns fehlen zum Beispiel zum Abtragen unserer Schulden. Das sind CHF 4 bis 5 Mio., welche uns bei Investitionen fehlen. Wir bezahlen jetzt schon einen Preis, weil unsere finanzielle Lage nicht gut ist. Nicht erst

wenn wir beginnen Stunden zu streichen oder im 10-Wochen-Rhythmus die Strassen zu putzen. Wir zahlen jetzt schon einen Preis, doch man merkt es noch nicht. Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, was der Kanton zu unserer Rechnung 2014 sagte. Ich kann mir wirklich nicht vorstellen, dass die Feststellung der Gemeindeabteilung des Kantons diametral abweicht zu den Aussagen, welche sie zu unserer Rechnung 2015 sagen wird. Die Verschuldung ist im Moment in Ordnung, doch die Kennzahlen der Leistungsfähigkeit sind ungenügend. Wenn wir sehen, dass wir ein Problem bei den Einnahmen haben und es gelingt uns nicht, Einnahmen zu erhöhen und gleichzeitig die Kosten zu senken, dann können die Kennzahlen nicht besser werden. Es ist nicht möglich. Zum Sparen möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen: Bei den Voten, welche ich an verschiedenen Stellen gehört habe, ist es immer noch nicht ganz klar, wie stark unsere Rechnung von oben beeinflusst wird. Von oben tönt obskur. Mit oben meine ich primär den Kanton. Wir können davon ausgehen, dass wir eine Rechnung haben, welche irgendwo im Bereich von 80 % Kosten aufweist, welche nicht direkt beeinflussbar sind. Das bedeutet für uns also Kosten, welche mehr oder weniger vom Kanton vorgegeben werden und die wir 1:1 zu tragen haben. Wenn wir davon ausgehen, dass bei dem 80 %-Anteil die Kosten um 1 % steigen, dann heisst das, dass wir auf unseren 20 % 4 % einsparen müssen. Also jede Belastung von oben trifft uns, und wir wollen/müssen ja sparen, viel stärker. Ich lese immer von Entlastungspaketen, was an den Kanton und was an die Gemeinden gehen soll. Ich bin nicht Grossrat, aber ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Gemeinden nachhaltig in irgendeiner Art und Weise entlastet werden. Es wäre schön, wenn dies irgendwie passieren würde, vielleicht im Mikrobereich, das wäre schon viel, doch ich kann mir das nicht vorstellen. Es wäre doch zu hoffen, dass wir von oben entlastet werden. Aus Sicht der Gemeinde wäre es schon eine Entlastung, wenn wir keine Steigerung hätten. Dann wäre schon viel erreicht.

Was sind die wesentlichsten Punkte im Budget 2016? Die nun präsentierte Folie ist die gleiche wie im Oktober 2015. Wir sind seitens der Finanzkommission immer noch der Meinung, dass die strukturellen Themen angepackt werden sollen. Das sind Kostenstruktur Sporthalle, Organisationsform Spitex, Hallen- und Gartenbad. Wir müssen aber auch - und das ist, denke ich, eine Arbeit, welche die Arbeitsgruppe Finanzen möglicherweise anstossen könnte, sofern sie dann aktiv wird - Diskussionen führen zum Beispiel über Kostendächer in der ausserfamiliären Kinderbetreuung. Was soll uns dies maximal kosten? Was sind wir bereit, als Gemeinde zu bezahlen? Was ist uns das wert? Welche Konsequenzen hat dies? Wir müssen die Grundsatzdiskussionen jetzt führen. Wir hatten in der Vergangenheit immer wieder das Problem, dass bei der Budgetsitzung oder in der Rechnungssitzung ein Thema angeschnitten wurde, ich denke da vor allem an Patrick Hehli. Es hat dann immer geheissen „jetzt ist der falsche Moment, jetzt passt es nicht, jetzt sind wir an der Prüfung der Rechnung, jetzt prüfen wir das Budget, wir haben grad beschlossen, wir haben Verträge usw.“. Jetzt müssen wir die Themen angehen. Sonst kommen wir nie weiter. Ich meine nicht, Sachen komplett zu streichen. Doch wenn man einmal eine Reduktion der Kosten haben will oder eine Steigerung der Einnahmen, dann muss man jetzt prüfen. Ich habe noch nie erlebt, dass wenn ich irgendwo ein Mail gemacht habe wegen eines Sparantrags oder eine Diskussion geführt habe mit der Verwaltung, ob man dort und dort noch etwas einsparen könnte, das mir irgendjemand auf die Schulter klopfte. Das erwarte ich auch nicht. Es gehört zur Aufgabe der Finanzkommission, unbequeme Entscheide möglicherweise herbeizuführen. Aber das ist nicht nur die Aufgabe der Finanzkommission, es ist die Aufgabe des Gemeinderates und auch die Aufgabe des Wohnerrates.

Die hier aufgezeigte Folie zeigt, was sich seit Oktober 2015 bis jetzt geändert hat. Das operative Ergebnis hat sich im erneuerten Budget um rund CHF 600'000 verschlechtert. Der Gemeinderat hat detailliert die Gründe dafür dargelegt. Wir haben einerseits das Einnahmenproblem, welches sich akzentuierte. Wir haben aber Ausgaben, welche sich jetzt im Moment grösser präsentieren als im Herbst. Mit anderen Worten, die Situation wurde seit Oktober nicht besser, seit November nicht besser, nein es wurde schlimmer. Der Druck, etwas zu verändern, wurde eher noch grösser. Der Gemeinderat weist ein operatives Ergebnis von rund CHF 110'000 als Minus aus. Die Finanzkommission hätte eher eine Null erwartet. Die Erwartungen der Finanzkommission wurden nicht erfüllt. Wir versuchen etwas nachzuhelfen, indem wir einige Streichungsanträge formuliert haben. Sollte diesen Streichungsanträgen entsprochen

werden, würden rund CHF 90'000 zusammen kommen. Ich weiss, auf ein Budget von CHF 32 Mio. Ausgaben sind CHF 90'000 oder auch CH 110'000 nicht die Welt. Doch ich finde, es geht auch um eine gewisse Signalwirkung gegen aussen, dass gefällte Entscheide Konsequenzen haben. Mit den Finanzen ist das nichts anderes, wie wenn ich das im Beruf oder im privaten für mich und wo auch immer mache. Entscheide haben Konsequenzen. Wenn ich einen Blick in die Zukunft wage, dann sehe ich das nicht in den Steuereinnahmen. Und nach der Ankündigung der Alstom von gestern noch weniger. Einsparungen, welche in 2014, 2015 und 2016 im Budget in den verschiedenen Runden gemacht wurden, ich weiss bald nicht mehr, wie viele es waren, sind Einsparungen, okay. Aber wenn wir in den Spiegel gucken und uns fragen wieviel haben wir wirklich gespart und wieviel haben wir einfach etwas verschoben, dann stellen wir fest, wir haben doch die eine oder andere Einsparung aufgeschoben. Das bedeutet, der Spardruck besteht und wird weiter nötig sein und wir müssen weiter auf die Bremse treten. Wir müssen uns langsam aber sicher an die grossen Kostenblöcke wagen mit den entsprechenden Auswirkungen.

Etwas möchte ich euch allen mitgeben: An der letzten Einwohnerratssitzung bin ich Franziska Grab etwas an die Gurgel gesprungen wegen der Aussage, dass Leute bestraft werden, wenn der Weg nicht saniert werde. Sparen hat nichts zu tun mit Strafaktionen und Sparen hat nichts zu tun mit Retourkutschen. Wenn ein Antrag kommt von der Finanzkommission oder jemand anderem kann man grundsätzlich davon ausgehen, dass eine Grundüberlegung hinter dem Antrag steht und dass man versucht, etwas zu erreichen. Aber es hat nichts zu tun mit Bestrafung oder mit Retourkutsche. Sparen ist letztendlich nichts anderes als die Konsequenz aus den fehlenden Einnahmen. Wir könnten uns die Sparübungen alle auch sparen, indem wir den Steuerfuss um 10 % erhöhen würden. Das wäre auf den ersten Blick wesentlich einfacher. Aber es schmerzt hinten rechts logischerweise mehr. Wir von der Finanzkommission sind klar der Meinung, dass wir das Budget nur mit Sparen nicht ausgeglichen hinbringen, sondern es braucht eine Kombination von Sparen und von Mehreinnahmen. Anders ist das nicht machbar. Können gute Vorschläge gemacht werden, so hat die Finanzkommission jederzeit ein offenes Ohr, dringliche Motion hin oder her. Sie kennen die Mitglieder der Finanzkommission. Ein Beispiel, welches ich Ihnen aufzeichnen will, ist das Salär. Wenn wir eine solche Steigerung bei den Pensen haben, wo jede für sich erklärbar ist und wo wir alle hier im Einwohnerrat abgestimmt haben und die in der Regel überdeutlich angenommen wurde, muss man sich nicht wundern, dass der Personalaufwand steigt. Wollen wir diesen in den Griff bekommen, dann müssen wir eine erste griffige Massnahme ergreifen. Das heisst aus Sicht der Finanzkommission Stellen plafonieren. Stellen plafonieren ist ein massiver Einschnitt in die Gemeinde. In letzter Konsequenz würde das bedeuten, dass bei einer Vakanz, ich sage jetzt irgendetwas z.B. in der Einwohnerkontrolle, dass die Stelle nicht besetzt werden kann, weil wir an einem anderen Ort ein noch dringenderes Bedürfnis haben. Wenn das wirklich so durchgezogen würde, die Finanzkommission rät dazu, dann wird es für die Verwaltung nicht einfacher. Aber es wird Konsequenzen haben für uns alle. Wenn man Stellen einer Verwaltung nicht mehr besetzen kann, dann wäre die Konsequenz davon, dass der Leistungskatalog in diesem Bereich allenfalls eingegrenzt wird. Dann wäre es gut möglich, dass ich mit meinem Anliegen auf die Gemeinde gehen muss und dann wäre niemand dort. Ich muss mich an gewisse Zeiten halten, welche vielleicht noch zwei Mal in der Woche zur Verfügung stünden. Auf Entscheide folgen Konsequenzen.

Eine Steuerfusserhöhung ist für mich und für die Finanzkommission immer noch unabdingbar. Die Steuerfusserhöhung um 5 % ist für mich die zweitbeste Lösung. Die beste wurde abgelehnt, jetzt müssen wir auf die Variante mit 5 % setzen. Selbst wenn die Steuerfusserhöhung kommt, kann ich allen versichern, es ist nicht Platz hier für Euphorie und es ist nicht Geld hier im Überfluss. Wer es nicht glaubt, soll bitte die Budgetunterlagen studieren und schauen, wo es ein Riesenüberfluss hat. Man könnte dazu geneigt sein zu sagen, vielleicht müssen wir es ihnen noch einmal zeigen und die Steuerfusserhöhung ablehnen. Das kann man machen, Doch die Konsequenz ist, dass wir uns selber noch einmal ein Ei legen, welches noch etwas grösser ist als dasjenige, welches sich in die letzten zwei Jahre angesammelt hat. Wir haben ein Problem bei den Einnahmen. Uns würden CHF 4.5 Mio. bis CHF 5 Mio. fehlen, welche wir für Investitionen oder für Schuldenabbau brauchen könnten. Der Gemeinderat ist gefordert

an einer Infoveranstaltung und wir vom Einwohnerrat sind gefordert, beim Stimmbürger Unklarheiten zu erklären und diese bereinigen. Aus dem Schneider sind wir noch lange nicht. Das ist der Beginn. Es muss weiter gehen. Das sind die Ausführungen der Finanzkommission zum Budget 2016.

Linus Egger. Gemeinderat: Ich erkläre nun meine Ausführungen mittels PowerPoint-Präsentationen. Es wird die Folie „2. Fassung Voranschlag 2016“ präsentiert. Sie sehen die brandneuen Zahlen der Steuereingänge 2015. Sie sind erst ein paar Stunden alt. Sie sehen, dass wir auf der Einkommens- und Vermögenssteuer eine Abweichung gegenüber dem Budget 2015 von CHF - 2.234 Mio. haben. Auch bei den Gewinn- und Kapitalsteuern weisen wir eine Abweichung gegenüber dem Budget von CHF -401 aus. Wir können diese Differenz mit der Vermögensgewinnsteuer von CHF 294 etwas auffangen. Total weisen wir eine Abweichung gegenüber dem Budget 2015 von CHF - 2.149 Mio. auf, das ist nochmals etwa CHF 200'000 schlechter gegenüber Ende November 2015 und CHF 300'000 schlechter als im Oktober 2015.

Ich möchte Ihnen mittels PowerPoint-Präsentationen aufzeigen, wie der Gemeinderat vorgegangen ist für die Ausarbeitung der zweiten Fassung des Voranschlages 2016. Die Ressortverantwortlichen haben mit der Verwaltung zusammen das Budget überarbeitet. Es wurde geprüft, wo auf der Aufwandseite Einsparungen getroffen werden können oder auch Verbesserungen auf der Ertragsseite vorgenommen werden können. Wir haben Änderungen, welche im Jahre 2016 wirksam werden, direkt ins Budget 2016 einfließen lassen. Aber Positionen, welche erst später wirksam werden, weil Vorkehrungen getroffen werden müssen, wie z.B. Verträge kündigen usw., wurde zum Teil bereits eingeleitet. Diese kommen aber erst im Budget 2017 oder später zum Tragen. Investitionen wurden geprüft, der Wert beurteilt und die Terminierung ebenfalls geprüft, ob Verschiebungen machbar sind. Ich komme später auf die Investitionen zu sprechen. Wir haben die Positionen Pflegefinanzierung und Steuereingänge geprüft. Unter Pflegefinanzierung versteht man die Heimkosten, welche die öffentliche Hand bezahlen muss, und die Spitex. Ich komme später auf die Heimkosten zu sprechen. Bei den Steuereingängen haben wir die aktuellen Zahlen, welche bis Ende November 2015 vorlagen und diese im Budget 2016, 2. Fassung, aktualisiert. Die Positionen, welche wir im Oktober 2015 hier diskutierten und der Einwohnerrat auch darüber entschieden hat, wurden vom Gemeinderat belassen. Sie sehen auf der Folie eine Zusammenfassung der Budgetveränderungen 2. Fassung. Die Gebührenerhöhungen wurden gegenüber Ihren Unterlagen um CHF 4'000 gekürzt. Dies aus folgendem Grund: Weil Reglemente vorliegen, welche zu überarbeiten sind. Das ist zum Beispiel das Nachtparkgebührenreglement oder das Friedhofreglement. Vorausichtlich werden diese überarbeiteten Reglemente in der Juni-Sitzung dem Einwohnerrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Sozialleistungen haben wir mit der Rechnung 2015 verglichen. Aus heutiger Sicht können wir CHF 100'000 streichen, doch ich muss darauf hinweisen, sollte ein grösserer Sozialfall eintreffen, dann wäre dieser Betrag wieder aufgebraucht. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass wir die Kürzung nach Prüfung der Rechnung 2015 aus heutiger Sicht verantworten können. Die Pflegefinanzierung weist ein anderes Vorzeichen auf. Wir haben CHF 100'000 mehr verbucht. Die Rechnung 2015 sagt jetzt schon aus, dass wir über CHF 1.1 Mio. bezahlen müssen. Das Budget 2016 war tiefer, so haben wir das korrekterweise angepasst. Der Steuerertrag ist einerseits die Umrechnung von 105 % auf 103 %, auf der anderen Seite, wie ich schon mitgeteilt habe, hat man den Steuerertrag per Ende November 2015 als Berechnungsbasis genommen. Die entsprechenden Anpassungen wurden vorgenommen. Im Steuerertrag haben wir aber auch die vom Grossen Rat bewilligte Erhöhung vom Eigenmietwert eingerechnet. Dazu haben wir vom Kanton eine Tabelle erhalten. Die Erhöhung des Eigenmietwertes würde für Obersiggenthal 0.8 % ausmachen.

Zu den Anträgen der Finanzkommission. Der Gemeinderat ist mit folgenden Streichungsanträgen der Finanzkommission einverstanden:

Antrag 04 (Konto 0200.3113.00) CHF 5'000

Antrag 05 (Konto 1500.3112.00) CHF 10'000

Antrag 10 (Konto 3411.3636.00) CHF 15'000

Antrag 11 (Konto 3420.3612.14) CHF 10'000 (statt CHF 15'000)

Antrag 12 (Konto 5790.3170.02) CHF 2'000

Antrag 13 (Konto 6290.4240.00) CHF 3'000 (Erhöhung Verkaufspreis von SBB Tageskarten)

Wenn der Einwohnerrat mit diesen Änderungen einverstanden ist und keine Korrekturen hat, dann müsst Ihr in der Detailberatung keine zusätzlichen Anträge stellen. Das gilt auch für den Antrag 11 der Finanzkommission, wenn der Einwohnerrat mit den CHF 10'000 einverstanden ist. Der Betrag wird dann ins Budget 2016 übernommen. Sollten Sie mit diesem Betrag nicht einverstanden sein, dann müssen Sie in der Detailberatung einen entsprechenden Antrag stellen.

Ich möchte Ihnen erklären, was Pflögetaxen für Bewohner im Heimen für uns bedeutet. Die Taxen werden vom Kanton festgelegt. Wir haben Pflögestufen 6 bis 12. Das heisst, für jeden in Obersiggenthal gemeldeten Klienten, egal ob sich die Person im Gässliacker, in Baden, in der Pflögi Muri oder in Brugg befindet, die Clearingstelle des Kantons gleicht bei den Heimen die Kosten aus und stellt der Gemeinde Obersiggenthal (gleich Wohnort des Heimbewohners) entsprechend Rechnung nach Pflögestufe. Daraus resultiert die stattliche Summe von rund CHF 1.1 Mio. bis 1.2 Mio., welche wir dieses Jahr bezahlen müssen. Die Tendenz ist steigend.

Der Gemeinderat beantragt, wie Sie bereits gehört haben, eine Steuerfusserhöhung von 98 % auf 103 %. Dies entspricht einer Erhöhung von 5 %.

Sie sehen die Folie mit der Aufwandseite. Ich habe einige Ergänzungen gemacht. Einige kennen Sie noch vom 15. Oktober 2015. Es ist mir wichtig, dass man weiss, dass uns unsere Dreifach-Sporthalle mit Abschreibung und Verzinsung CHF 1.1 Mio. kostet. Das Hallen- und Gartenbad kostet uns rund CHF 700'000 mit Abschreibung und Verzinsung. Die Spitex kostet uns CHF 900'000. Die Kantonsbeiträge von CHF 9.220 Mio. sind von unserer Seite nicht verhandelbar. Diese Beiträge sind vom Kanton vorgegeben. Wir haben zusätzlich noch CHF 7 Mio., welche ich hier auf der Folie nicht aufführte, welche schwerer zu verändern sind. Wir haben Gemeindestrassen von CHF 1.135 Mio. und Personalkosten von CHF 7.605 Mio. Personalkosten inkl. Sozialleistungen. Wir haben den Sachaufwand, welchen ich hier auch nicht aufführte, von gut CHF 4 bis 4.5 Mio. Darin ist auch der Unterhalte der Gebäude festgehalten. Wir haben in der Gemeinde Obersiggenthal Gebäude mit CHF 111 Mio. bei der Gebäudeversicherung versichert. Dann ist der Betrag für Unterhaltsarbeiten sicher nicht zu hoch angesetzt. Wir haben Unterhaltskosten zwischen CHF 1.5 und CHF 1.8 Mio.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt beim Rechnungsabschluss 2014 bei 38.37 %. Dieser wird sich im Jahre 2015 deutlich verschlechtern. Ich komme später noch darauf zu sprechen. Gemäss Vorgaben des Kantons sollte der Selbstfinanzierungsgrad nicht unter 50 % liegen, längerfristig sollten 100 % angestrebt werden. Das bedeutet, dass die Nettoverschuldung steigt, wenn der Selbstfinanzierungsgrad unter 100 % liegt.

Ich zeige Ihnen nun die Folien zum Aufgaben- und Finanzplan 2016 – 2020. Sie sehen einige Eckzahlen, welche sich sicher im Laufe des Jahres verändern werden. Sie sehen das Ergebnis (Vorschau 2015) aus betrieblicher Tätigkeit. Ursprünglich wurde mit CHF 2.3 Mio. gerechnet. Ergebnis aus der Finanzierung CHF 455'000. Das zeigt ein operatives Ergebnis (Vorschau 2015) von CHF 2.768 Mio. Das ist nicht in Stein gemeisselt, wir haben noch nicht alle Zahlen. Doch es ist ein Richtwert, welcher die Richtung aufzeigt. Das heisst, wir werden Ende 2015 eine Nettoschuld von rund CHF 17.7 Mio. bis CHF 17.8 Mio. aufweisen oder pro Einwohner CHF 2'041. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 1 %. Sie sehen auf der Folie das Budget 2016 mit dem operativen Ergebnis von CHF - 110'000. Die Nettoschuld wird per Ende 2016 auf CHF 22.5 Mio. ansteigen. Wenn wir den Steuerfuss um 5 % erhöhen könnten, dann hätten wir einen Selbstfinanzierungsgrad von rund 29 % bis 30 %. Auf die nachfolgenden Jahre möchte ich nicht eintreten. Die Parameter bis 2020 konnten wir noch nicht verändern, das werden wir erledigen, bei der Überarbeitung des Finanz- und Aufgabenplans, welcher in der Oktober-Sitzung vorgelegt wird. Die neuesten Ereignisse (Alstom) werden wir entsprechend einrechnen.

Die hier aufgeführten zukünftigen Investitionen zeigen Ihnen auf, wie die Kosten neu gegenüber der Budgetsitzung vom 15. Oktober 2015 angepasst wurden. Wir haben eine Differenz,

weil wir teilweise den Wert verändert oder andere Prioritäten setzen konnten. Es betrifft zum Teil das Gemeindehaus, es geht auch um Schulbauten oder Strassen. Im Detail kann man dies im Investitionsplan nachsehen.

Auf der Grafik sehen Sie die Nettoinvestitionen zu der Selbstfinanzierung. Sie sehen im 2015 1 %. Die Zahlen der Nettoverschuldung in den Folgejahren müssen sicher noch einmal kritisch geprüft und Prioritäten müssen vermehrt gesetzt werden. Sobald der Bericht der Metron vorliegt, werden wir über die Schulräume, welche wir zusätzlich haben müssen, diskutieren.

Das wären meine Ausführungen zum Budget 2016, 2. Fassung.

Dieter Marlin, Gemeindeammann: Wie wir gehört haben, sind wir mit einem ausserordentlichen Steuereinbruch vor allem bei natürlichen Personen konfrontiert. Das ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Der Ertragsausfall ist nicht auf plötzliche exorbitante Ausgaben zurückzuführen. Darum bin ich der Meinung, dass der Einwohnerrat und die Bevölkerung vor einer wichtigen Entscheidung stehen. Die entscheidenden Fragen lauten wie folgt: Wollen Sie unsere Standortvorteile bewahren und eine attraktive Gemeinde bleiben? Ich denke da an unsere gute Infrastruktur, Hallen- und Gartenbad, Sporthalle, Standort mit allen Schulstufen, aber auch an die geplante Kindertagesstätte. Und zwar eine, welche sich die Eltern leisten können und wollen. Wenn Sie die Verantwortung übernehmen wollen und bewusst einsehen, dass unsere Steuerertragsausfälle mit Sparen allein nicht gestoppt werden können, dann kommen wir um eine Steuererhöhung nicht herum. Denn wenn das Steuersubstrat nicht verbessert wird, dann geht das nicht ohne Konsequenzen. Das ist keine Drohung, sondern ist Ihnen heute Abend zum wiederholten Male dargelegt worden. Mögliche Konsequenzen wären Abbau von Dienstleistungen. Wir werden Personal entlassen müssen und eine weitere Konsequenz wird sein, die Infrastruktur wird langsam aber sicher zerfallen. Es kann nicht mehr genügend investiert werden. Die Gemeinde wird ihre Attraktivität sehr schnell verlieren und alleine mit der guten ÖV-Anbindung und der sonnigen Lage am Siggenberg lässt sich nichts substituieren. Darum bitte ich Sie um Vertrauen dem Gemeinderat, der Finanzkommission gegenüber und lassen Sie die einwohnerrätliche Finanzarbeitsgruppe arbeiten. Bitte verzichten Sie im Vorfeld von der kommenden Abstimmung auf unsachliche Leserbriefe. Mit dem nun angestrebten Steuersatz fehlen uns nach wie vor die nötigen Mittel für unsere geplanten und notwendigen Investitionen. Wir sind alle zum Sparen gezwungen. In diesem Sinne appelliere ich an Ihre Verantwortung und bitte Sie, dem beantragten Steuerfuss von 103 % zuzustimmen und auch die Bevölkerung dazu zu motivieren.

Ursula Haag: Wir kommen nun zu den allgemeinen Voten der Fraktionen.

Patrick Hehli: Die SVP Obersiggenthal hat sich dem zweiten korrigierten Budget 2016 ebenfalls angenommen. Erfreulich für uns ist, dass der Gemeinderat nach dem Volksentscheid doch noch einen Vorschlag der FDP und der SVP aus der Oktobersitzung nun einen Steuerfuss von 103 % dem Volk vorschlägt. Ebenfalls macht es mir Freude, dass wir jetzt endlich von Sparmassnahmen oder Sachen sprechen, bei welchen die SVP während den letzten Jahren doch immer wieder abgewiesen wurden aus irgendwelchen Gründen. Der Präsident Finanzkommission hat das vorhin in seinem Votum angeschnitten. Ernüchternd und nichtssagend enttäuschend ist für uns die Vorlage vom Gemeinderat mit der Auflistung der Sparvorschläge. Reduktionen von CHF 500 bei Büromaterial finden wir auf die Gesamtsumme betrachtet eher einen schwachen Vorschlag. Dazu kommt, dass die SVP oftmals belächelt wurde, wenn sie Vorschläge im Bereich von CHF 500 oder CHF 1'000 unterbreitete. Aber so kann sich die Zeit ändern. Die Vorlage gleicht eher einer Geschichtsaufarbeitung und weniger einer Information. Wir hätten eine Vorlage ähnlich wie diejenige der Finanzkommission erwartet, und zwar mit echtem Aufzeigen von Möglichkeiten oder Grenzen bzw. Entwicklungen und Plänen. Bei Plänen hätten wir gerne gehört, dass Verträge nun vorsorglich gekündigt oder neu verhandelt werden. Wir denken da zum Beispiel an einen Krippenpoolverband mit bald fast CHF 500'000. Oder wir hätten es gerne gesehen, wenn klare Zeichen gesetzt werden, dass man nun endlich heilige Themen wie Soziales, Kulturelles oder Kinderbetreuung oder Stellenbeschriebe bzw. Verwaltungskosten anpacken will. Die SVP ist der Meinung, dass der Gemein-

derat zurzeit realitätsfremd politisiert. Das zeigt uns die Tatsache, dass kein Plan B ausgearbeitet und dass angenommen wurde, die Steuerfusserhöhung von 7 % würde beim Stimmvolk durchgehen. Wie wird das klare Ergebnis von fast 76 % Ablehnung aufgenommen? War es einfach ein klares Nein oder hat der Souverän uns Politikern etwas zeigen wollen? Die Frage ist für uns weder vom Gemeinderat noch von der Finanzkommission geklärt worden. Wir denken, bei diesem Ergebnis spielt nicht nur das Budget eine Rolle. Es ist nun Zeit, dass wir uns bei Vorlagen wieder einmal die Frage stellen, ob wir das bezahlen oder die Zustimmung erteilen, wenn wir das selber finanzieren müssten aus der eigenen Tasche. Die SVP wird dieses Mal keine Flut von Anträgen mit kleinen Beiträgen starten. Wir stehen grossmehrheitlich zum Vorschlag des Gemeinderates bzw. zu den Sparvorschlägen der Finanzkommission. Dies entspricht unseren Vorschlägen der Oktobersitzung 2015 und unserer Leserbriefkampagne. Wir sehen ein, dass wir den Steuerfuss erhöhen und Sparen müssen. Und da möchten wir den Gemeinderat auch unterstützen. Es bringt aber für uns nichts, wenn wir dem Bürger mit Falschaussagen oder Drohungen eine Erhöhung schmackhaft machen wollen. Sachliche und ehrliche Informationen sind jetzt angebracht. Auch sollten wir der Arbeitsgruppe genügend Zeit geben. Sollten wir nicht alles auf 2017 ändern oder anpassen können, dann spielt das für uns als Motionäre nicht unbedingt eine grosse Rolle. Für uns kann man auch Vorschläge anpacken, welche im 2018 aus vertraglichen Gründen beispielsweise erst umgesetzt werden könnten. Die Arbeitsgruppe ist in unserer damaligen Motion mit keinem Wort terminiert worden. Klar, die Zeit drängt. Da sind wir uns einig. Aber wenn man uns jetzt, da der Terminplan eng ist, das Messer an den Hals setzt, so glaube ich, kann die Arbeitsgruppe, auch wenn sie einen noch so guten Präsidenten finden wird, nicht seriöse Abklärungen treffen. Wir bitten den Einwohnerrat, dem Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 103 % zuzustimmen und unserer Meinung Folge zu leisten.

Ueli Zulauf: Wer in der letzten Zeit die Zeitungen im Dezember gelesen hat mit den Berichten über Gemeindeversammlungen und Einwohnerratsdiskussionen zum Budget 2016 hat festgestellt, dass reihum die Gemeinden den Steuerfuss erhöhen mussten. Obersiggenthal ist kein Einzelfall. Es ist sozusagen der Normalfall, dass in der heutigen Zeit der Steuerfuss erhöht werden muss, weil ganz viele Faktoren dazu beigetragen haben, dass sich die Gemeindefinanzen in den Gemeinden verändert haben. Obersiggenthal gehört auch dazu. Wir nähern uns mit der Steuerfusserhöhung dem Normalfall an. Dann gibt es noch in Obersiggenthal einen Sonderfaktor zu erwähnen. Wir haben jahrelang davon profitiert, dass eine kleine Gruppe von guten Steuerzahlern in unserer Gemeinde Steuern bezahlten, ohne immer ihre Möglichkeiten zu Steueroptimierungen voll auszunutzen. Das hat sich nun geändert. Das trägt auch dazu bei, dass weniger Steuereinnahmen fliessen als früher. Auch hier nähern wir uns dem Normalfall. Was wir jetzt anvisieren mit der Steuerfusserhöhung von 103 % ist eigentlich das: In den letzten Jahren konnten wir profitieren und hatten es fast zu gut und jetzt sind wir im Normalfall. Es war bis jetzt eine Klumpenchance und jetzt wendet es sich in ein Klumpenrisiko. Wir haben es gehört, das wurde von mehreren Seiten bereits kundgetan, Obersiggenthal hat ein Einnahmenproblem. Das heisst, und es wurde auch vorhin erwähnt, wir haben nicht auf zu grossem Fuss gelebt. Wir haben das Geld nicht zum Fenster rausgeworfen. Wir haben eine vernünftige Ausgabenpolitik betrieben, welche die Attraktivität der Gemeinde gefördert hat und der Gemeinde auch angemessen war. Wir stehen ja auch in Konkurrenz mit der Stadt Baden. Man liest immer wieder, wie attraktiv Baden ist, und da können wir nicht einfach nicht mitgehen. Wir haben heute eine gute Lebensqualität in unserer Gemeinde. Das ist auch die Folge von einer vernünftigen Ausgabenpolitik. Das heisst, wir können jetzt nicht einfach einen Kahlschlag vornehmen, wie es hier nicht offen ausgesprochen wurde, aber doch zwischen den Zeilen suggeriert wurde. Darum stehen wir von der SP/Die Grünen hinter der Maxime, dass wir einen Mix anstreben von vernünftigen Ausgabenreduktionen und von einer Steuerfusserhöhung. Wir sind tendenziell dafür, dass man sich eher eine gute Lebensqualität mit einem angemessenen Steuerfuss leisten soll. Aber wir tragen auch dazu bei, dass man die Ausgaben in den Griff bekommen muss und wir arbeiten in der Arbeitsgruppe auch mit. Wir versuchen, konstruktive Vorschläge einzubringen. Zu dem uns vorgelegten revidierten Budget des Gemeinderates sagen wir ja. Wir unterstützen die gemeinderätlichen Vorschläge bei den Ausgaben. Wir sagen aber tendenziell nein zu den Vorschlägen der Finanzkommission, weil wir der Ansicht sind, man soll jetzt mit zusätzlichen Sparmassnahmen warten, bis Ergebnisse der

Arbeitsgruppe Finanzen vorliegen. Tendenziell unterstützen wir den Gemeinderat und sagen nein zu der Finanzkommission. Wir sind uns in der Fraktion aber nicht in allen Punkten einig gewesen.

Stefan Semela: Dem überarbeiteten Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 103 % stimmt die FDP-Fraktion zu. Die beantragte Höhe entspricht dem von unserer Fraktion bereits im Herbst 2015 geforderten Antrag. Die Erhöhung von 5 % ist aus unserer Sicht vertretbar. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation der Gemeinde und aufgrund der nachhaltigen rückläufigen Steuereinnahmen ist die Erhöhung des Steuerfusses zwingend notwendig. Aus unserer Sicht wäre es alles andere als verantwortungsvoll, es wäre verantwortungslos, wenn man der Steuerfusserhöhung nicht zustimmen würde. Der Präsident der Finanzkommission zeigte auf, was das kumuliert heissen würde, wie viele Millionen Schulden anwachsen würden. Wir knüpfen jedoch an die Steuererhöhung grosse Erwartungen für die Ausschöpfung von weiteren Sparpotenzialen. Einerseits die bereits aufgezeigten und umgesetzten Einsparungen wie die Streichungsanträge der Finanzkommission, welche im revidierten Budget 2016 bereits aufgezeigt wurden. Andererseits setzten wir auf die Arbeit der Arbeitsgruppe Finanzen, welche eingesetzt wird. Es gilt, ein negatives operatives Ergebnis von der Gemeinderechnung zu vermeiden und dies mittels primären Massnahmen bei Kosten auf der Ausgabenseite, nachdem die Einnahmeseite mit der Steuerfusserhöhung aus Sicht der FDP ausgeschöpft sein wird. Der Einwohnerrat und auch der Gemeinderat werden in Zukunft stark gefordert sein, die wichtigen und vertretbaren Entscheidungen diesbezüglich zu treffen.

Ferdinand Senn: Über den ersten Budgetentwurf für das Jahr 2016 haben wir an der Einwohnerratssitzung vom Oktober 2015 unsere Argumente im Detail ausführlich dargelegt und auch diskutiert. Wir von der CVP akzeptieren den Volksentscheid, obwohl wir uns lieber im ersten Anlauf auf eine sichere Seite begeben hätten zum Wohl der gesamten Bevölkerung. Dem überarbeiteten Budget 2016 stimmen wir nach intensivem Diskutieren in allen Punkten zu. Ebenfalls dem um 5 % erhöhten Steuerfuss auf 103 % stimmt die CVP-Fraktion zu. Was gilt für uns als momentan vertretbare und vernünftige Erhöhung? Die finanzielle Situation unserer Gemeinde ist sicher angespannt. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist die Erhöhung unbedingt notwendig. Mit der Erhöhung des Steuerfusses knüpfen wir jedoch klare Erwartungen und weitere Sparpotenziale sind zu eruieren. Die einwohnerrätliche Arbeitsgruppe soll weitsichtig neue, gezielte Vorschläge ausarbeiten, damit die Finanzen ins Lot kommen werden. Ein Beispiel: die Bevölkerung hat den Bau des Goldlandes angenommen, bewilligt und zugestimmt. Da kann man versuchen, die Budgetkosten von dem Bauvorhaben zu unterschreiten, was sicher im Sinne von allen Anwesenden und der Gemeindebevölkerung sein würde. Der Einwohnerrat wie auch der Gemeinderat sind stark gefordert, die Gemeinderechnung in Fluss zu bringen. Auf den Bericht und die Anträge der Finanzkommission werden wir bei der Detaildiskussion eingehen. CVP-Fraktion empfiehlt, das vorliegende neu-revidierte Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 103 % zu genehmigen.

Es folgt die Detailberatung

Ursula Haag: Ich mache Sie darauf aufmerksam, wenn Sie mit den Kürzungen auf der Excel-Tabelle, welche Sie erhalten haben, nicht einverstanden sind, dann muss man zu diesen Punkten Anträge stellen. Sonst würden diese Kürzungen als genehmigt betrachtet.

0 Allgemeine Verwaltung

Keine Voten.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Keine Voten.

2 Bildung

Peter Marten: Die Finanzkommission stellt einen Streichungsantrag Konto 2180.3636.11, Beiträge an Mittagstisch. Danke Erich Schmid für die Korrektur. Die Tagesbetreuung, Beiträge an den Mittagstisch, sei um CHF 5'000 zu reduzieren.

Die Finanzkommission stellt einen Antrag beim Konto 2191.3170.23, Jugendfestauslagen. Der Beitrag an das Jugendfest sei um CHF 10'000 zu kürzen. Der Finanzkommission ist die Diskussion vom Oktober 2015 zu diesem Punkt präsent. Die Argumente wurden alle gehört. Das hat nichts damit zu tun, die Kürzung der Kosten zu erzwingen, auch wenn damals das Resultat nur mit einer Stimme Unterschied ausfiel. Der Punkt ist einfach der: Die finanzielle Situation hat sich verändert, wir haben nochmals weniger Einnahmen. Darum hat es die Finanzkommission nicht mehr als konsequent empfunden, wenn der Antrag auf Kürzung nochmals unterbreitet wird.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich gehe auf den Streichungsantrag beim Verein Mittagstisch ein. Ich muss dazu etwas ausholen. Wir haben in der Gemeinde an zwei Orten eine Mittagsbetreuung. Eine Betreuung wird in der reformierten Kirche durchgeführt vom Verein Mittagstisch. Die andere Mittagsbetreuung wird vom Verein Tagesstrukturen angeboten im Haus am Kirchweg der katholischen Kirche. Der Gemeinderat hat von beiden Vereinen vor längerer Zeit verlangt, dass sie für die Mittagsbetreuung den gleichen Tarif anwenden. Im Moment beziffert sich der Betrag auf CHF 14.00. Der Verein Mittagstisch hat dazumal von CHF 12.00 auf CHF 14.00 erhöhen müssen. Die Begründung des Gemeinderates war, im Hinblick auf Goldiland wollen wir, dass die Mittagsbetreuung an allen Orten gleich viel kostet. Im Goldiland gibt es nur einen Tarif, das ist klar. Der Gemeinderat hat verlangt, dass bereits im Vorfeld ein einheitlicher Tarif eingeführt wird. Einerseits wegen dem Goldiland und andererseits aber auch, weil wir uns vorstellen konnten, dass Eltern lieber das günstigere Angebot wählen würden. Der Verein, welcher den günstigeren Tarif anbieten würde, würde dann überrannt. Kein Anbieter wäre heute in der Lage, mindestens am Montag, Dienstag und Donnerstag alle Betreuungen zu machen. Deshalb haben wir einen einheitlichen Tarif bei CHF 14.00. Wir möchten dies gerne beibehalten, bis das Goldiland fertig ist und nicht dass der Verein Mittagstisch die Beiträge erhöhen muss. Einerseits haben wir beim Verein Mittagstisch bereits im Oktober 2015 eine Kürzung erhalten, indem eine pauschale Kürzung von 5 % entschieden wurde, der Betrag belief sich auf CHF 1'900. Diese Kürzung bedeutet für den Verein Mittagstisch, dies ab August 2016 umzusetzen. Wir können die CHF 1'900 sowie auch die von der Finanzkommission verlangte Kürzung von CHF 5'000 nicht auf das ganze Jahr verteilen. Wir können dies erst ab August machen. Im Verein Mittagstisch haben wir 4'500 Mittagessen. Werden die CHF 5'000 plus die CHF 1'900, total also CHF 6'900 ab August umsetzen müssen, würde das weit mehr als CHF 1.00 pro Mittagessen betragen. Wir bitten Sie deshalb, den Beitrag an den Mittagstisch nicht um CHF 5'000 zu kürzen. Das ist die Argumentation vom Verein Mittagstisch. Der Verein beim Kirchweg hat noch zusätzliche Argumente. Diese wird Ihnen mein Kollege Walter Wega erläutern. Aber wir bitten Sie, den Tarif bei CHF 14.00 zu belassen. Es geht noch um ein gutes Jahr. Nachher werden eh alle Tarife überprüft.

Walter Wega, Gemeinderat: Ich kann eine Ergänzung abgeben zum Votum von Marie-Louise Nussbaumer. Es würde Sinn machen, dass der Tarif dann auch bei den Tagesstrukturen erhöht wird. Nur bei den Tagesstrukturen sind wir nicht ganz unabhängig, denn wir haben einen Vertrag, eine Tarifordnung. Wir müssen sämtliche Verträge neu anpassen. Das wäre mit grossen Aufwänden kurz vor Bezug Goldiland verbunden. Die Aufwendungen wären von den Kosten her gesehen mindestens so hoch wie die Einsparung, welche wir erreichen würden. Wir haben auch dort etwa 5'000 Essen. Wenn man das rein so betrachten würde und um einen Franken erhöhen würde, dann würde man die Hälfte bis August hinbringen. Aber wie gesagt, der administrative Aufwand für die Anpassung der Verträge wäre sehr gross. Aus diesem Grund schliesse ich mich dem Votum von Marie-Louise Nussbaumer an, dies nicht jetzt zu

machen, sondern dass man abwartet, bis das Goldiland kommt. Da kann man dann alle Tarife neu rechnen und dann Anpassungen vornehmen für den ganzen Mittagstisch.

Linus Egger, Gemeinderat: Der Einwohnerrat hat an der Budgetsitzung vom 15. Oktober 2015 einem zweitägigen Jugendfest zugestimmt. Nach dieser Abstimmung hat das OK weiter gearbeitet. Man hat vor allem auch die Aktivitäten vorangetrieben und man hat schon viele Stunden investiert. In der Zwischenzeit wurden bereits Ausgaben getätigt in der Grössenordnung von CHF 6'000. Der Gemeinderat steht nach wie vor hinter einem 2-tägigen Jugendfest. Wenn Sie dem Antrag der Finanzkommission zustimmen und den Beitrag um CHF 10'000 kürzen, dann ist ein 2-tägiges Jugendfest nicht mehr möglich. Ich muss sagen, dass die Motivation des OKs Jugendfest mit diesen Unsicherheiten leidet. Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich um Freiwilligenarbeit handelt. Ich bitte Sie auch, für unsere Jungen ein 2-tägiges Fest zu akzeptieren. Ich bitte Sie, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Patrick Hehli: Ich möchte mich gerne äussern zu den Voten von unseren zwei Gemeinderäten Walter und Marie-Louise. Jetzt sind wir genau an dem Punkt angelangt. Es ist ein Seilziehen, einerseits sind wir hier als Einwohnerräte, welche sparen wollen und andererseits der Gemeinderat, welche seine Interessen vertritt. Grundsätzlich müssen wir uns schon den Spiegel vor das Gesicht halten. Sparen ist mit Aufwand verbunden und Sparen tut grundsätzlich weh. Sonst wären die Voten vorher, dass wir nicht im Überfluss gehaushaltet haben während den letzten Jahren, gelogen. Für mich ist das überhaupt kein Argument, dass man jetzt die Verträge kurz vor Fertigstellung Goldiland nicht neu vereinbaren und verhandeln kann. Ich glaube, jetzt ist der Zeitpunkt hier, dass man die Verträge nochmals frisch mischt, bildlich gesprochen die Karten neu mischt. Es müssen Nägel mit Köpfen folgen. Das schmerzt, das hat mit Aufwand zu tun, das bin ich mir bewusst. Ich würde es natürlich auch begrüssen, wenn beide Organisationen den gleichen Tarif haben. Ich denke, wenn wir so weiterfahren mit den Hinweisen, dass das ~~ist~~ mit Aufwand verbunden ist oder jetzt müssen wir noch etwas warten, weil da noch ein Vertrag läuft etc., dann können wir das Budgetbüchlein schliessen und nach Hause gehen und am 28. Februar 2016 die Abstimmung abwarten. Ich denke, Sparen schmerzt, und das müssen wir uns als Einwohnerräte bewusst werden und auch der Gemeinderat sollte den Aufwand in Kauf nehmen und die Verträge kündigen und frisch verhandeln.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto Nr. 2180.3636.22, Tagesbetreuung, Beiträge an Mittagstisch, Reduktion um CHF 5'000. Dieser Antrag wird mit 17 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag der Finanzkommission: Konto 2191.3170.23, Jugendfest, Jugendfestauslagen. Die Jugendfestauslagen sind um CHF 10'000 zu kürzen. Dieser Antrag wird mit 12 Ja- zu 23 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Peter Marten: Im Namen der Finanzkommission stelle ich den Antrag, beim Konto 3210.3632.00, Bibliotheken, Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände, den Betrag um CHF 10'000 zu reduzieren. Es geht um die Kürzung des Beitrages an die Stadtbibliothek Baden.

Ueli Zulauf: Dieser Antrag ist ja ein Evergreen. Ich gestatte mir als fast grauer Panther heute Abend gegen den Evergreen nochmals zu kämpfen. Ich bin jedes Mal aufgestanden und habe dagegen votiert. Ich finde es grundsätzlich falsch, den Beitrag zu kürzen. Es ist ein Beitrag an die Regionale Stadtbibliothek. Es ist ein Beitrag an die Zentrumsstadt Baden, und wir profitieren davon, indem die Stadtbibliothek auch als Teil der Attraktivität unserer Standortgemeinde bezeichnet werden kann. Es ist so einfach, Beiträge zu streichen und zu sagen, ja

die reiche Stadt Baden kann sich das leisten. Es tut uns direkt nicht weh, es sind ja nicht so viele Leute, welche in die Stadtbibliothek gehen. Aber wir geben nach Baden damit ein schlechtes Signal ab, wenn wir da einfach aus dem Bauch heraus die CHF 10'000 streichen. Ich finde, hier kann man in der Arbeitsgruppe darüber sprechen. Das wäre eine dieser Grundsatzdiskussionen, wieviel wollen und müssen wir als Agglomerationsgemeinde an die Zentrumsstadt Baden leisten. Da können wir Grundsatzdiskussionen führen. Ich finde es jetzt verfrüht, wenn man jetzt da einen Hüftschuss macht und CHF 10'000 über den Daumen gepeilt streicht. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen.

Marcel Müller: Der Beitrag an die Bibliothek Baden würde ganz sicher von der Arbeitsgruppe Finanzen diskutiert. Sparen aus dem Bauch heraus ist jetzt nicht mehr. Der Punkt mit den Zentrumslasten sehe ich so: Wenn wir auf die Gemeinden zugehen wegen den Beiträgen zu der Dreifach-Turnhalle oder Beiträgen für das Hallen- und Freibad, dann werden wir auch ziemlich abgeblockt. Es ist einfach nicht mehr die Zeit, solche Beiträge zu leisten. Und letztlich sei die Frage erlaubt, warum soll der Steuerzahler von Obersiggenthal eine Bibliothek in Baden mitfinanzieren, wenn wir selber eine Bibliothek und eine Ludothek haben? Und wir haben im OSOS eine Mediathek. Ich bin sogar eher dafür, dass die ganzen CHF 30'000 zu streichen sind. Dann haben wir eine Pendenz auf der Arbeitsliste für die Arbeitsgruppe Finanzen bereits erledigt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Funktion der Stadt Baden bei der Bibliothek ist seit Jahrzehnten so. Etwas 20 Gemeinden nutzen diese Dienstleistung. Baden stellt ca. 60'000 Medien zur Ausleihe zur Verfügung. Wir haben alleine in Obersiggenthal 1'000 Benutzer, welche einerseits zu 60 % unsere eigene Dorfbibliothek nutzen und ca. 400 nutzen das Angebot in Baden. Ueli Zulauf erwähnte es bereits, Baden erbringt eine Dienstleistung zu Gunsten der Region und Baden verrechnet zu 50 %. Der Gemeinderat hat bereits eine Plafonierung vorgenommen und den Betrag auf CHF 30'000 festgelegt mit dem Vermerk, wir bezahlen nicht mehr. Faktisch müsste die Gemeinde Obersiggenthal etwa CHF 40'000 bezahlen. Wenn wir jetzt den Betrag kürzen, dann müsste Baden wahrscheinlich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft einführen, dann muss überlegt werden: Wollen wir unsere städtischen Benutzer zu einem anderen Tarif bedienen und die anderen erhalten eine andere Rechnung? In diesem Sinne ist es dann wirklich eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Der regionale Gedanke geht dann meines Erachtens verloren. Dies sollte man auch etwas im Auge behalten. Der Gemeinderat stellt in diesem Sinne den Antrag, den Antrag der Finanzkommission abzulehnen.

Eugen Paul Frunz: Ich finde es merkwürdig, wenn man in Baden sagt, man kann die CHF 10'000 nicht einsparen. Aber für unsere Bürger, welche unsere Bibliothek benutzen, denen sagt man, der Beitrag wird erhöht, Ich bin dafür, dass gestrichen wird.

Peter Marten: Eine Person, welche drei Tageszeitungen abonniert, Weiterbildungen macht usw., eingeschrieben ist in der Kantonsbibliothek Aarau, der liegt das geschriebene Wort der Bibliothek durchaus auch am Herzen. Ich habe diesen Antrag um Kürzung von CHF 10'000 wohl etwas Contre-Coeur gestellt, es ist also kein Hüftschuss und es ist mir nicht einfach gefallen. Das, was Du angesprochen hast, Dieter, da gibt es ein einfaches Wort dafür: nutzergerechte Gebühren. Das ist keine Zwei-Klassen-Gesellschaft, sondern das ist abhängig davon, was die Gemeinden bezahlen. Dann gibt es unterschiedliche Preise. Wenn ich jetzt in Baden wohnen würde, dann würde das mir keine Mühe bereiten, so etwas umzusetzen. Das gleiche gilt auch hier. Es ist schön für die 400 Nutzer in unserer Gemeinde, welche die Stadtbibliothek nutzen. Jetzt kommen wir schon fast in die Grundsatzdiskussion mit der Frage, ist es eine Kernaufgabe der Gemeinde, die Leute zu unterstützen, welche die Bibliothek im Nachbardorf nutzen. Ob sie diese nutzen werden, wenn der Beitrag fehlt, ist ihre eigene Entscheidung.

Marcel Müller: Wir geben für 400 Leute aus unserer Gemeinde, welche die Stadtbibliothek Baden benutzen, bei einer Bevölkerungszahl von 8'500 Einwohnern, einen Betrag von CHF 30'000 im Jahr aus. Wo ist das die Verhältnismässigkeit?

Christine Brüesch: Die Stadtbibliothek Baden ist ein anderes Kaliber als unsere Dorfbibliothek in Obersiggenthal. Die Stadtbibliothek ist auch für unsere Maturanden attraktiv. Wird der Beitrag

für die Benutzer durch unsere Kürzung des Gemeindebeitrages erhöht, dann trifft dies Familien mit vielleicht einem weniger grossen Einkommen, welche mehr bezahlen müssen, damit ihre Kinder das Angebot nutzen können. Wo ist dann da die Chancengleichheit?

Ueli Zulauf: Ich möchte betonen, die Stadt Baden verlangt eigentlich von den Regionsgemeinen, dass diese die Hälfte der Kosten übernehmen, welche die Bürger in ihrer Stadtbibliothek verursachen. Das übernehmen wir nicht ganz. Wir zahlen nur CHF 30'000. Die Stadt Baden finanziert trotzdem das Ganze. Das macht eben eine Region aus. Das ist eine regionale Solidarität, welche es braucht. Sonst funktionieren wir als Gesellschaft in unserer kleinräumigen Schweiz nicht. Wenn man einfach so den Beitrag kürzt, dann schaden wir dieser regionalen Solidarität, von welcher wir alle profitieren. Nicht nur die 400 Personen. Es gibt noch viele kleine Minderheiten, für welche viel Geld ausgegeben wird. Auch das Schwimmbad, die Mehrheit unserer Einwohner besucht wohl das Schwimmbad nicht. Aber es ist eine Institution, für welche wir uns entschieden haben, diese zu betreiben. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass es funktioniert oder wir treffen eine Grundsatzentscheid, die Institution nicht mehr zu betreiben oder wir unterstützen eine regionale Institution nicht mehr. Aber ich glaube, das wäre eine Retourkutsche.

Patrick Hehli: Ich möchte gerne das Wort Solidarität aufgreifen. Ich habe keine solidarische Zahl der Steuereinnahmen gefunden, welche die Stadt Baden einnimmt mit dem Casino-Betrieb. Ich habe keine niedergeschriebene Erklärung betr. Solidarität der Stadt Baden in Sachen Verkehr gefunden. Diejenigen Personen, welche am Morgen nach Baden müssen und gezwungen sind, dies mit dem Privatauto zu tun, wissen, wovon ich spreche. Da frage ich mich, wo ist da die Solidarität? Ich bin für Solidarität, doch dann muss dies auf allen Stufen und Ebenen spielen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto Nr. 3210.3632.00, Bibliotheken, Beiträge an Gemeinden und Gemeindeverbände. Reduktion um CHF 10'000. Dieser Antrag wird mit 22 Ja- zu 12 Nein-Stimmen und einer Enthaltung angenommen.

Peter Marten: Ich stelle im Namen der Finanzkommission den Antrag, Konto 3410.3010.00, Sport, Löhne (nebenamtliches Personal) Sporthalle, den Betrag um CHF 20'000 zu reduzieren. Die Finanzkommission hörte schon mehrmals, welche Massnahmen, Untersuchungen, Standards, Absichten geplant wurden, wie es dort vorangehen soll. Wir von der Finanzkommission haben das Gefühl, dass es jetzt an der Zeit ist, Nägel mit Köpfen zu machen. Wir möchten den Prozess beschleunigen mit dem Kürzungsantrag.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Sporthalle ist 20 Jahre alt und in einem ausgezeichneten Zustand. Das ist einerseits auf die Aufsicht der Hauswarte und andererseits auf die gute Pflege der Anlage zurückzuführen. Grundsätzlich gilt, dass die Halle nicht ohne Aufsicht zur Verfügung gestellt wird. Darum sieht die Halle noch so gut aus. Eine Reduktion um CHF 20'000 bedeutet entweder weniger Personalaufwand, indem wir das Angebot verringern oder wir übertragen die Kosten verursachergerecht. Ein Hauptverursacher wäre der Handball. Wir haben jetzt anhand der durchgeführten Analysen herausgefunden, dass wir allein für die Harzentfernung einen Putzaufwand von einem Mannjahr haben. Das Putzmittel, welches dafür gekauft werden muss, kostet über CHF 20'000 pro Jahr. Jetzt ist es aber so. Der Gemeinderat möchte zuerst die Analyse beenden und erst anschliessend entsprechende Massnahmen durchsetzen und nicht umgekehrt. Ich bitte Sie, lassen Sie uns unsere Arbeit machen. Darum beantragt der Gemeinderat die Ablehnung zum jetzigen Zeitpunkt. Der Inhalt der Forderung ist absolut richtig.

Daniela Graubner: Wie lange dauert die Analyse? Wann gedenkt man, dass diese zu Ende ist?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die Analyse liegt jetzt grundsätzlich vor. Wir werten diese jetzt aus und können dann Massnahmen treffen. Ich denke, dass wir Ihnen an einer der nächsten Einwohnerratssitzungen darüber Bescheid geben können.

Daniel Jenni: Es steht ja Löhne, nebenamtliches Personal. Du sprichst jetzt von Putzmittel.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Wunsch ist, dass die Kosten vermindert werden. Und wie ist ja eine operative Frage. Man hat zum Teil das nebenamtliche Personal stundenweise eingesetzt, um zwischendurch etwas zu machen. Ich kann nicht einfach sagen, wir streichen den Block. Es ist relativ schwierig. Es gibt auch andere Möglichkeiten zum Sparen, indem gewisse Kosten übertragen werden. Das ist dann eine operative Frage, wie man das dann sinnvollerweise anstellen wird.

Eugen Paul Frunz: Ich habe eine Fragen wegen der Verursacherübertragung der Kosten. Meines Wissens ist es gemäss Reglement nicht gestattet, in der Turnhalle Harz zu gebrauchen. Bin ich da falsch?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ja. Jeder Handballspieler braucht Harz, sogar die Kleinen.

Eugen Paul Frunz: Aber im Reglement steht, dass es nicht erlaubt ist.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bei uns ist es so, dass Harz verwendet wird. Ich stelle fest, wir suchen die Arbeit nicht. Doch wir müssen sicherstellen, dass nach dem Handball, wenn die Schüler wieder in die Turnhalle kommen mit ihren Geräteschuhen, der Boden sauber ist. Darum haben wir den grossen Aufwand. Wir haben keine Sporthalle nur für Handball. Sondern die Hallen werden durch verschiedene Aktivitäten genutzt.

Patrick Hehli: Ich hatte im letzten Herbst die Aufgabe, weil wir bei den Jugi-Leitern vom Turnverein ein Problem hatten, die Jugi zu leiten. Es ist schon so. Es ist alles voller Harz. Selbst der Lichtschalter und die Ballpumpe sind voller Harz. Aber es ist Fakt, dass im Sportbenutzungsreglement ein Harzverbot steht. Dann muss ich sagen, dass jemand seinen Job nicht macht, wenn das Harzverbot nicht durchgesetzt wird. Gleitspray ist erlaubt, Harz ist verboten. Warum wird dann der Mehraufwand, Hallengebühr, Hallenmiete dem Verursacher verrechnet?

Erich Schmid: Eine Frage an Dieter. Wieviel hat der SCS an das Putzmittel bezahlt? Du hast CHF 20'000 erwähnt, welche verursacht wurden. Soviel ich weiss, erhält der SCS von der Gemeinde eine saftige Rechnung wegen dem Einsetzen von Harz. Du sagst, dass die Betreuung der Halle durch die Abwarte vorgenommen wird. Dies führte dazu, dass sich die Halle in einem solch guten Zustand befindet. Da gebe ich dir recht. Die Frage stellt sich, ob die Abwarte wirklich permanent in der Halle sein müssen, wenn die Vereine dort sind? In den Vereinen hat es Hallenchefs, welche schon 15 Jahre im Verein sind und alles bestens kennen. Zum Verursacherprinzip: ich wurde vom SCS schon einige Male angesprochen, ob ich als Einwohnerrat nicht etwas bewirken könne, weil sich der Sportclub SCS vom Gemeinderat nicht so gut behandelt fühle. Marie-Louise war schon an Diskussionen dabei. Toni Meier musste ebenfalls schon beigezogen werden, weil die Kommunikation mit der Verwaltung nicht klappte. Der Handball benutzt Harz und ist Verursacher, ganz klar. Der SCS benutzt die Halle oft. Unsere Sporthalle ist die grösste Halle in der Region, das ist so. Aber auch andere Vereine brauchen die Hallen. Der SCS ist, ich halte fest, dass ich nur einseitig informiert bin, nicht ganz zufrieden, wieviel sie zahlen müssen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich glaube, wir haben alle Recht. Die Unzufriedenheit ist rundum gross, das gebe ich zu. Die Benutzungsgebühren sind, was soll ich sagen, angemessen, wenn jemand gut zur Halle schaut, niemand vorbeikommen muss und alles geklappt hat. Sobald wir aber ein Problem haben, und das gibt es einfach bei jedem Verein,

dann reichen die Benutzungsgebühren nicht aus. Dann muss z.B. ein zusätzlicher Abwart kommen und daraus resultieren Zusatzstunden etc. Die Hauswarte haben in vielen Stunden aufgeschrieben, was sie denken tun zu müssen, um die Halle in gutem Zustand zu halten und was es braucht, einen reibungslosen Betrieb zu garantieren. Wir haben hier wunderbare Stunden, welche natürlich viel höher ausgefallen sind, als was tatsächlich geleistet wird. Es ist ja logisch, dass jede Person, welche nach einer Anzahl Stunden für eine auszuführende Arbeit gefragt wird, mehr Stunden einsetzt. Wir haben Empfehlungen von Hauswartverbänden, welche eigentlich untermauert, dass mehr Stunden einzusetzen wären. Wir haben Vereine, welche alle sagen, es müsse kein Abwart hier sein, wir schauen selber. - Alles in allem haben wir nun verschiedene Aussagen und viele aufgelistete Stunden. Das müssen wir nun irgendwie alles zusammen unter ein Dach bringen. Wir müssen prüfen, wie wir die Leute mehr in Pflicht nehmen können. Wir müssen prüfen, was wir mehr verrechnen können oder was wir mehr verrechnen sollen. Ich weiss, es wird einen Aufschrei geben wenn kostendeckende Gebühren verrechnet werden. Schlussendlich ist es so, wir haben eine Halle, welche eigentlich in erster Linie für die Schule da ist. Das können wir niemandem verrechnen. Unsere Turnhallen wurden für die Schulen erstellt. Die Sporthalle wird von Vereinen nach der Schule genutzt. Macht man heute eine Schulraumplanung, dann wird die Sporthalle ganz schnell als Turnhalle eingesetzt und es wird gesagt, dass diese gebraucht wird, damit genügend Sportmöglichkeiten vorhanden sind. Wir werden nie alles verrechnen können. Wir werden nie nur zufriedene Leute haben. Wir werden versuchen, einen Mittelweg heranzubringen. Da müssen Sie uns helfen. Ob wir das erreichen können, das weiss ich nicht.

Marcel Müller: Wir haben von Peter Marten vorher gehört, dass die Sporthalle CHF 1.1 Mio. pro Jahr Defizit aufweist. Es ist auch klar, dass die in der Arbeitsgruppe Finanzen ein Thema sein wird. Auch hier sprechen wir von CHF 20'000. Man hat über eine Million Defizit jedes Jahr. Die Reglemente müssen überarbeitet werden, die Benutzungsgebühren müssen überarbeitet werden, es muss abgeklärt werden, wer welchen Aufwand verursacht, das es dann auch einmal zu Einzelverrechnungen kommen kann, dass der Handball mehr bezahlen muss wie der Badminton-Club betr. der Reinigungsarbeiten etc. das ist doch völlig klar. Die Analyse muss gemacht werden und sie muss schnell auf den Tisch kommen. Jetzt wollen wir nicht mehr warten, der Auftrag steht schon lange im Raum. Der Auftrag wurde nie angegangen, es braucht einen zeitlichen Rahmen, es braucht Verantwortlichkeiten. Doch es muss jetzt viel schnell vorwärts gegangen werden. Die CHF 20'000 wären ein Zeichen, dass es uns Ernst ist. CHF 20'000 auf CHF 1.1 Mio. sind ganze 1.8 %.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Auf die Gefahr hin, dass jetzt gesagt wird, wir trotzen. Wir wollten die Analyse ausarbeiten lassen. Sie haben uns aber das Geld nicht gesprochen, sondern der Auftrag lautete, wir müssen das selber machen. Wir haben die Analyse nun erstellt. Die Hauswarte mussten viele Stunden dafür einsetzen. Der Gemeinderat, die Hauswarte und die Verwaltung haben nun die Analyse gemacht. Wir benötigten länger als ursprünglich geplant, das gebe ich sofort zu. Doch ich habe auch gehört, Personalkosten heisst auch, irgendeinmal ist ein Schalter geschlossen. So kann es heissen, wenn wir die Arbeit für andere Sachen brauchen. So können wir an einem anderen Ort die Arbeit nicht erledigen.

Ueli Zulauf: Ich finde den Antrag aus einem anderen Grund kopflos, weil er das Pferd beim Schwanz aufzäumt. Man soll zuerst definieren, was man nicht will und dann sagen, was man damit einsparen will. Das kann z.B. sein, dass die Halle vom Mittwoch an oder von Montag bis Mittwoch für die Vereine geschlossen ist. Das tut weh. Wir wollen ja den Leuten weh tun. Dann können Kosten eingespart werden. Zuerst müssen die Leistungen definiert werden, welche man nicht mehr will. Nachher sehen wir, was wir damit einsparen. Dort müssen wir ansetzen und jetzt nicht einfach CHF 20'000 bei den Kosten sparen. Von diesem Aspekt her finde ich das falsch. Auch hier wird die Diskussion dann in der Arbeitsgruppe geführt.

Peter Marten: Die Finanzkommission hat an unzähligen Sitzungen mit dem Gemeinderat das Thema Sporthalle aufgenommen. Ich weiss nicht, wie oft ich die Analysen über Putzmittel etc. hören musste. Ich kann es nicht mehr hören. Ich will nun endlich Resultate sehen. Ja, ich war gemein. Die Finanzkommission war gemein; wir sagten, so vorwärts machen und jetzt

wird der Prozess beschleunigt mit unserem Antrag von CHF 20'000. Ich gebe zu, vielleicht ist es sogar das falsche Konto. Vielleicht müsste man den Betrag auf ein anderes Konto der Sporthalle verschieben. Da wäre ich sogar bereit, dem Gemeinderat die Freiheit dazu zu überlassen. Der Gemeinderat soll CHF 20'000 bei der Sporthalle sparen, wie er will. Irgendwo müssen wir den Betrag verbuchen können. Was aber nicht mehr geht, ist Zeit zu verlauern. Verlauern ist ein falsches Wort, diese Analyse war für den Gemeinderat intensivste Arbeit. Aber nach aussen hat man den Eindruck gewinnen müssen, da ist nicht wirklich Dampf dahinter. Aber diese Zeiten sind vorbei. Wie oft bin ich schon vor Ihnen gestanden und habe gesagt, dass bei den Sporthallen etwas unternommen werden müsse? Irgendeinmal muss die Schraube angezogen werden.

Ueli Zulauf: Ich kann es auch nicht mehr hören. Wir haben Diskussionen über Expertisen geführt und dann heisst es hier im Rat, das brauchen wir nicht, das können wir selber machen. Dann bürdet man der Verwaltung mehr Arbeit auf. Auf der anderen Seite sagt man dann wieder, man will eine Stellenplafonierung. Das gleiche hast Du, Peter, beim Schwimmbad gesagt. Wir müssen jetzt nicht einen Auftrag extern vergeben, um herauszufinden, wie viele Leute von Albruck hierhin ins Bad kommen. Ich kann mich noch gut an diese Diskussion erinnern. Das soll jetzt die Verwaltung machen. Aber das kostet wieder Zeit in der Verwaltung und verursacht Überzeit. Das kann ich auch schon nicht mehr hören. Genau darum finde ich jetzt, dass wir keinen Hüftschuss machen sollen mit dem Streichen von CHF 20'000 als Zeichensetzung. Das finde ich nicht seriös.

Marcel Müller: Man muss das jetzt klar sehen. Der Gemeinderat hat die Chance, Einfluss auf die Sparmöglichkeiten zu nehmen auch über die Verwaltung. Das wird auch noch ein Thema werden. Packt die Chance, geht nach vorne, wendet die eine oder andere Stunde mehr auf als gedacht, das sind ausserordentliche Aufgaben, zusätzlich zu den normallaufenden Aufgaben. Da könnt Ihr Einfluss nehmen. Wenn ich Gemeinderat wäre, würde ich mich dafür bedanken, wenn ich Einfluss nehmen könnte. Werden die sogenannten Experten beigezogen, dann ist der Gemeinderat schon mal draussen. Beschliesst der Einwohnerrat, wir wollen Experten beiziehen, die uns etwas kosten, dann kann der Gemeinderat Daten liefern. Dann fehlt aber der Einfluss. Die Experten legen dann die Vorschläge vor. Wenn ich Gemeinderat wäre, dann würde ich schauen, den Einfluss zu behalten. Aber dann muss der Gemeinderat auch vorwärts machen. Man muss den Zusatzaufwand auf sich nehmen.

Abstimmung

Antrag der Finanzkommission: Konto Nr. 3410.3010.00, Sport, Löhne nebenamtliches Personal, Sporthalle. Reduktion um CHF 20'000. Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Urs Müller: Ich habe eine Frage zu dem vom Gemeinderat bereits akzeptierten Beitrag zur Reduktion des Defizitbeitrages um CHF 15'000 des Hallen- und Gartenbad. Ich bin nicht ganz sicher, wie man das Defizit reduzieren will? Nimmt man da Einfluss auf das Wetter? Ist das nicht einfach nur Kosmetik? Die Gemeinde muss das Defizit übernehmen. Welches ist die Vergleichszahl? Das ist eine Einsparung, welche wirklich keine Einsparung ist.

Franziska Grab, Vizeammann: Wir sprechen hier von einer Präzisierung. Wir haben im letzten Sommer im Juni 2015 das Budget erstellt. Das ist ein Posten Verwaltungskosten, welcher CHF 45'000 beinhaltet. Was wir beim Budgetieren aber nicht gemerkt haben, weil wir dasselbe mit dem Budget 2014 verglichen haben, war, dass darin der externe Berater einen grossen Teil des Betrages ausmachte. Wir haben rund CHF 12'000 externe Beratungskosten gehabt für 2014/15. Den externen Berater haben wir jetzt nicht mehr. Wir hatten auch noch den Tag der offenen Tür der Wintersaune eingerechnet. Wir haben uns jetzt aber gesagt, dass wir es gut vertreten können, dass wir den Betrag um CHF 15'000 reduzieren, weil uns bei der Budgetie-

rung letztes Jahr ein Fehler unterlaufen ist. Ich gebe Dir Recht, wenn ein schlechter Sommer kommt, dann sind wir unter Umständen CHF 50'000 höher. Wird der Sommer gut wie letztes Jahr, dann könnte das Defizit kleiner sein.

Ursula Haag: Ist das gut Urs?

Urs Müller: Ich habe es gehört.

Erich Schmid: Ich hab noch eine Bemerkung zum Konto 3420.3612.14, Freizeit – Brunnenbeiträge. Die Finanzkommission beantragte eine Reduktion der Brunnenbeiträge um CHF 15'000. Der Gemeinderat ist mit CHF 10'000 einverstanden. Sehe ich das richtig? Was wurde nun beschlossen? Der Antrag der Finanzkommission oder die Reduktion um CHF 10'000? Zieht die Finanzkommission dann ihren Antrag zurück? Mir ist das nicht klar. Das ist meine erste Frage. Ich möchte darauf hinweisen, dass man, egal was man mit dem vorgenannten Konto macht, es gibt ein Gegenkonto bei der Wasserversorgung. Da muss dann dort gegengerechnet werden. Wenn der Beitrag im Budget reduziert wird, dann heisst das, die Wasserversorgung hat weniger Einnahmen. Dann muss dieses Gegenkonto auch korrigiert werden. Dies als buchhalterischer Hinweis.

Peter Marten: Die Finanzkommission wird den Antrag nicht stellen, wir sind mit den CHF 10'000 einverstanden. Wir haben am Dienstag eine detaillierte Kostenberechnung erhalten, wie die CHF 10'000 gerechtfertigt sind und ein höherer Betrag wäre nicht gerechtfertigt.

Erich Schmid: Prüft Ihr dann wegen dem Gegenkonto? Die Wasserversorgung hätte CHF 10'000 weniger Einnahmen.

4 Gesundheit

Keine Voten.

5 Soziale Sicherheit

Keine Voten.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Keine Voten.

7 Umweltschutz und Raumplanung

Keine Voten.

8 Volkswirtschaft

Keine Voten.

9 Finanzen und Steuern

Keine Voten.

Investitionsrechnung

Ursula Haag: Hier besteht die Möglichkeit, noch etwas zu ergänzen. Streichen kann man nicht.

Keine Voten.

Stellenplan

Keine Voten.

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, das Budget 2016 (inkl. Eigenwirtschaftsbetriebe) mit einem Steuerfuss von 103 % (bisher 98 % / Erhöhung um 5 %) und die Summe der Stellenplanprozentage gemäss Stellenplan zu genehmigen und für die Eigenwirtschaftsbetriebe (Spezialfinanzierungen) der Beibehaltung der Verbrauchsgebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Wasserversorgung Fr. 2.00/m³), der Beibehaltung der Benützungsg Gebühr pro m³ gemessenem Wasserverbrauch (Abwasserbeseitigung Fr. 1.80/m³) und der Beibehaltung der Kehrgebühren zuzustimmen. Dieser Antrag wird mit 33 Ja- zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Erich Schmid: Ich möchte noch kurz einen Kommentar abgeben zur Aussage von Patrick in Kombination mit dem Hinweis „realitätsfremd“. Dieter erwähnte dies bei seinem Einleitungsvotum zu den geschriebenen Leserbriefen. Es gibt Einwohnerräte, welche tatsächlich Leserbriefe verfassten mit der Empfehlung für einen Steuerfuss von 98 %. Es gibt einen solchen Einwohnerrat. Realitätsfremd. Als ich diesen Leserbrief gelesen hatte, dachte ich mir, ob er wohl etwas nicht begriffen hat vom Budget oder der geführten Diskussion. Ein zweiter Einwohnerrat lehnte 103 % ab. Kann man machen. Mickrige 0.36 %, gerechnet mit CHF 30 Mio., davon ist die Hälfte nicht beeinflussbar, dann gibt es etwas mehr als 0.36 %. Und im gleichen Leserbrief schreibt er 101 %. Dann sind es nicht mehr CHF 110'000 um das operative Ergebnis auszugleichen. Einfach so stillschweigend, wir werden dann die CHF 600'000 neben den CHF 110'000 auch noch hinkriegen. Solche Leserbriefe hat wohl Dieter angesprochen. Das ist Realitätsfremd, was Patrick Hehli angesprochen hat. Zuerst objektiv denken und dann schreiben.

Marcel Müller: Das Thema ist so. Ich werde keinen Leserbrief schreiben auf die kommende Abstimmung hin. Aber ich bin persönlich nicht ganz zufrieden mit dem Gemeinderat, weil ich finde, der Auftrag des Volkes war 103 % mit ausgeglichenem Budget. Dass die Finanzkommission derart nachstossen musste, ist lobenswert für die Finanzkommission. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei der Finanzkommission bedanken, bei Peter Marten für den grossen Aufwand. Ich bin der Meinung, der Gemeinderat könnte und müsste viel mehr Einfluss nehmen, darauf was er auch beeinflussen könnte. Mir fehlt es etwas an der Kreativität. Es kommt mir vor, wie wenn man einem Frosch sagt, du musst dein Teich austrocknen, etwas plakativ gesagt. Der Frosch wird den Teich natürlich nicht austrocknen. Es geht nicht ums Kaputtsparen, aber ich glaube, der Gemeinderat hat noch nicht ganz die Zeichen der Zeit erkannt. Es stört mich, dass die Finanzkommission immer so stossen muss. Der Auftrag vom Volk war, 103 % mit ausgeglichenem Budget. Die CHF 100'000 hätten vom Gemeinderat aus kommen sollen. Und ich finde, der Gemeinderat hat keinen Plan. Er zeigt mir zu wenig auf, wie er wirklich sparen will und was er gedenkt, weiter zu unternehmen. Man sagt immer Steuererhöhung. Keine Angst, es gibt kein Leserbrief. Vielleicht geht es ja durch mit 103 %. Das entscheidet am Schluss das Volk.

Erich Schmid: Zu Deinen Aussagen: 103 % Volksauftrag habe ich nie gehört. Vorhin habe ich noch etwas vergessen wegen den 103 % und 101 %. Aber bitte schaut im Protokoll vom 15. Oktober 2015 nach, Seite 239 und 241, Worte von Marcel Müller, was er dort vertreten hat. Ich sag es jetzt mal so als Fraktionssprecher in diesem Moment und mehr als persönliche Meinung, aber vehement 103 %.

4 2016.03 Ersatzwahl von zwei Mitgliedern in die Finanzkommission (Rücktritte von Haag Ursula und Bischofberger Clemens)

Ursula Haag: Es tut mir Leid, dass Ihr in der Pause nichts zu trinken bekommen habt. Doch wir sind davon ausgegangen, dass die Sitzung etwas schneller verläuft. Wir kommen nun zur Wahl von zwei Mitgliedern in die Finanzkommission. Es stehen folgende Personen zur Verfügung:

Küng, Marco, SVP
Müller, Raphael, BDP

Eugen Paul Frunz: Die SVP freut sich, Ihnen Marco Küng als Ersatz für Ursula Haag als Mitglied in die Finanzkommission vorschlagen zu können. Marco ist in Untersiggenthal aufgewachsen und wohnt seit 14 Jahren in Kirchdorf. Er arbeitet seit 11 Jahren bei PSI in Würenlingen. Seit 2014 ist er Mitglied in der Sportkommission. Seit Ende 2014 ist er Mitglied im Einwohnerrat und dadurch ist er als Mitglied in die Finanzkommission wählbar. Die Regelung betr. Finanzkommission sagt aus, dass die Mehrheit der Mitglieder auch Mitglieder im Einwohnerrat sein müssen. Wir sind überzeugt, Ihnen mit Marco Küng einen fähigen und einsatzfreudigen Kandidat zur Wahl vorzuschlagen.

Anna-Katharina Hess: Die BDP möchte Ihnen in Zusammenarbeit mit der CVP Raphael Müller als neues Mitglied in die Finanzkommission vorstellen anstelle von Clemens Bischofsberger. Raphael ist in Obersiggenthal aufgewachsen. Er hat alle Schulen in Obersiggenthal besucht und er hat die Lehre als kaufmännischer Angestellter bei der Gemeindeverwaltung in Obersiggenthal im Jahr 2009 abgeschlossen. Raphael Müller kennt somit den Gemeindebetrieb sehr gut. Im August 2010 hat er das Studium für Betriebsökonomie mit Vertiefung in Controlling und Consulting an der Fachhochschule Nordwestschweiz in Windisch begonnen und im Sommer 2013 abgeschlossen. Bereits während dem Studium hat er im Alterswohntzentrum Gässliacker auf dem Büro gearbeitet. Er ist für die Buchhaltung und Finanzen und Informatik zuständig. Er arbeitet seit 4 Jahre im Gässliacker. Raphael Müller hat im Bereich Finanzen ein grosses Fachwissen. Wir empfehlen Ihnen deshalb Raphael Müller als neues Mitglied in die Finanzkommission.

Ursula Haag: Da Marco Küng Stimmzähler ist, wird Christian Keller als Stimmzähler funktionieren.

—

Abstimmung

Marco Küng, SVP, und Raphael Müller, BDP, werden einstimmig gewählt.

—

Ursula Haag: Ich gratuliere den beiden Kandidaten zu ihrer Wahl in die Finanzkommission und wünsche ihnen bei der Arbeit viel Befriedigung.

5 2015.30 Anfrage SP/Grüne-Fraktion betreffend OASE, Ostargauer Strassenentwicklung

Eintreten wird nicht bestritten.

—

Ursula Haag: Gemeindeammann Dieter Martin möchte dazu noch Stellung nehmen. Eine schriftliche Antwort haben Sie bereits auf dem Pult.

Christian Keller: Ich möchte dem Gemeinderat herzlich für die Beantwortung der Anfrage danken. Ich finde die Antwort sehr positiv. Insbesondere möchte ich die Ablehnung vom Martinsbergtunnel hervorheben. Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass unsere Gemeinde aus unserer Position gegen das Ansinnen Stellung bezieht. Obersiggenthal ist doch sehr stark davon betroffen, wenn der Verkehr über die Siegenthaler Brücke geführt wird. Ich möchte auch anerkennen, dass der Gemeinderat eine Verschiebung vom Modalsplitt in Richtung ÖV und Fuss- und Radverkehr hervorhebt. Ich denke, bei dem Wachstum, welches der Kanton prognostizierte, was diesen Bauvorhaben zu Grunde liegt, dürfen wir die Situation nicht unterschätzen. Die Region wird im Verkehr ersticken. Wer sich mit der OASE auseinandergesetzt hat, der hat gesehen, dass auch beim Kanton die Sicht angekommen ist und man versucht, etwas zu ändern. Das würde ich im Verkehrsbericht an den Kanton positiv hervorheben. Das ist aber nicht alles so schön. Ich bin nicht mit allem einverstanden, wie der Gemeinderat die Situation betrachtet. Insbesondere möchte ich hervorheben, dass das Verkehrswachstum kein Naturgesetz ist. Es ist nicht so, dass bei einer Bevölkerungszunahme in der Region automatisch der motorisierte Nahverkehr wachsen muss. Natürlich nimmt das Mobilitätsbedürfnis zu, vor allem dann, wenn nicht dafür gesorgt wird, dass regionale Strukturen vorliegen. Ich würde es schätzen, wenn der Gemeinderat auch gegenüber dem Kanton entschieden auftreten und darauf hinwirken würde, dass die Planungsprioritäten so gesetzt werden, dass der motorisierte Verkehr nicht weiter anwächst. Das bedeutet, es braucht eine Priorisierung vom öffentlichen Verkehr und zwar ganz entschieden. Der Bus darf nie auf der Strecke in einem Stau stecken bleiben. Es braucht die Priorisierung vom Langsamverkehr, was kurze Distanzen betrifft. Ich finde auch, dass die flankierenden Massnahmen zwingend in den Richtplan gehören. Dafür muss sich der Gemeinderat beim Kanton einsetzen. Sonst werden diese am Schluss sang- und klanglos mit den anderen Prioritäten untergehen. Man muss flankierende Massnahmen im Fuss- und Radwegnetz von Anfang an mit den Strassen mitplanen, sonst geht die Rechnung am Schluss nicht auf. Geplant wird schliesslich auch bei uns in der Gemeinde. Es geht auch darum, bei uns in der Gemeinde dafür zu sorgen, dass man den motorisierten Verkehr möglichst tief halten kann und dass es gar nicht zu einem Wachstum kommt. Den positiven Modalsplitt brauchen wir auch für uns. Das bedeutet, wir müssen prüfen, die Hanglagen besser zu erschliessen, damit nicht alle, die etwas oberhalb wohnen, zwingend auf motorisierte Gefährte angewiesen sind. Da sind wir wieder beim Ortsbus, welcher leider eine Fehlplanung war. Es geht in Zukunft darum, dass neue Ideen ausgedacht werden, wie die Hanglagen erschlossen werden können. Ich denke, die Gemeinde ist verpflichtet, darin zu investieren. Als letzten Punkt möchte ich den Gemeinderat auffordern, darauf hinzuwirken, dass die Ortsdurchfahrt entsprechend saniert wird. Dies muss ein Teil der OASE sein. Es geht auch um das Erscheinungsbild Landstrasse. Unsere Gemeinde nimmt für die Planungen Geld in die Hand. Letztendlich, wenn es heisst, die Planung in Realität umzusetzen, werden wir einen Dekretsanteil von 40 % tragen müssen. Der Gemeinderat muss den Kanton entschieden auffordern, die Ortsdurchfahrt auf Kosten der Strassenkasse des Kantons zu sanieren. Das Thema OASE wird uns weiter beschäftigen. Es geht auch zwei Mal an die Öffentlichkeit. Bis zur der Festlegung des Richtplanes wird noch viel Wasser in der Limmat fließen. Ich glaube aber, alle hier sind sich bewusst, sollten die Prognosen vom Kanton eintreten und zu den 22'000 Fahrten noch zusätzlich 7'000 dazu kommen, dass wir dann kein lebenswertes Dorfzentrum mehr haben. Wir müssen unbedingt etwas dagegen unternehmen. Ich freue mich, dass der Gemeinderat signalisierte, die Aufgabe an die Hand zu nehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

6 2016.04 Postulat Fraktion SP/Grüne, Kernkraftwerk Beznau, Strahlenbelastung der Obersiggenthaler Bevölkerung

Eintreten wird nicht bestritten.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Der Gemeinderat beantragt, das Postulat entgegenzunehmen. Ich muss Ihnen aber auch sagen, wir werden keine grossen eigenen Berechnungen oder Analysen oder Berichte erstellen. Wir werden Schreiben an die zuständigen Fachgremien verfassen und um Stellungnahme bitten. Diese werden wir Ihnen nach Erhalt unterbreiten. Wir werden nicht viel Geld für die Beantwortung dieses Postulates ausgeben.

Christian Keller: Wir alle sind uns bewusst, dass wir in der Gefahrenzone I vom Kernkraftwerk Beznau wohnen. Es bestanden ja Probleme beim Sicherheitscontainer. Der Reaktor ist der dienstälteste Reaktor der Welt. Es ist noch nie ein Atomkraftwerk so lange gelaufen wie Beznau I. Die Versprödung vom Sicherheitsbehälter, welche ein natürlicher Prozess der Zeit ist, muss uns zu denken geben. Ein Atomkraftwerk ist nicht ausgerichtet, so lange zu laufen. Bei den jetzigen Schäden, welche aufgetreten sind und welche entdeckt wurden, stellt sich doch die Frage, ob Beznau I nicht abgeschaltet werden müsste. Unser Postulat ist die Aufforderung an den Gemeinderat beim ENSI entsprechende Antworten einzuholen und diese der Bevölkerung zu kommunizieren. Ich denke, es gibt keinen Grund dagegen, dies abzulehnen.

Daniel Jenni: Wir haben das in der CVP ebenfalls kurz geprüft. Unserer Meinung nach ist dies eine Frage/Anfrage und kein Postulat. Ich weiss nicht, weshalb dies als Postulat formuliert wurde.

Christian Keller: Es ist ein Auftrag an den Gemeinderat. Wir stellen keine Frage, wir erteilen dem Gemeinderat einen Auftrag, beim ENSI Fragen zu stellen.

Josef Sieber: Wer ist eigentlich der Autor dieses Schreibens? Es steht nichts und wenn man den Text liest könnte man auf die Idee kommen, dass das gar kein Postulat sondern ein Plagiat ist.

Christian Keller: Das ist eine berechtigte Frage. Das Postulat hat als Erster Leo Schärer, Einwohnerrat in Wettingen, eingereicht. Leo Schärer ist Jurist und Experte im Bereich Nukleartechnologie. Er war jahrelang zum Thema Atompolitik bei Greenpeace Schweiz engagiert.

Abstimmung

Wer das Postulat Fraktion SP/Grüne, Kernkraftwerk Beznau, Strahlenbelastung der Obersigenthaler Bevölkerung, an den Gemeinderat überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerhebung. Das Postulat wird mit 25 Ja- zu 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

7 2016.06 **Dringliches Postulat betreffend Einrichtung einer Meldestelle für Sparvorschläge**

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion nicht als Motion sondern als Postulat entgegenzunehmen. Wir werden ein Postfach einrichten, die eingehenden Sparvorschläge sammeln und der einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe zur Behandlung übergeben. Die Beantwortung würde im Rahmen des Berichtes der einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe erfolgen. Die Finanzkompetenzen sind in den gesetzlichen Grundlagen wie z.B. im Finanzdekret geregelt. Das heisst, die Finanzkompetenzen können nicht über eine Motion oder Postulat geregelt werden.

Ursula Haag: Wir müssten jetzt abstimmen, ob das Postulat als dringlich überwiesen wird. Christian, bist Du bereit, Deine Motion als Postulat einzureichen?

Christian Keller: Wenn es als Motion nicht möglich ist ja, doch nach meinem Verständnis wäre das eine Motion. Diese Diskussionen zu diesem Begriff gibt es immer wieder. Vorausgesetzt einfach, dass das Postulat als dringlich eingereicht wird.

Ursula Haag: Gemäss § 17 Geschäftsreglement müssen nun 2/3 des Rates diese Motion als dringlich erklären.

Patrick Hehli: Ich habe eine Bemerkung zur Vorgehensweise. Ich bin erstaunt. In der Regel kommt zuerst der Motionär oder der Postulant zu Wort. Das Zweite hast Du mir jetzt vorweggenommen, da wir zuerst über die Dringlichkeit abstimmen müssen. Nachher kann man diskutieren, ob man das als Postulat oder Motion einreichen will.

Ursula Haag: Ich musste zuerst schauen, worum es geht. Sind nun alle Unklarheiten beseitigt und können wir zur Abstimmung schreiten, ob wir das Postulat als dringlich einstufen wollen?

Abstimmung

Wer das Postulat Fraktion SP/Grüne, Einrichtung einer Meldestelle für Sparvorschläge, als dringlich an den Gemeinderat überweisen will, soll das bezeugen durch Handerhebung. Das Postulat wird einstimmig als dringliches Postulat überwiesen.

8 2016.05 Umfrage

Daniela Graubner: Ich möchte vom Gemeinderat gerne wissen, wo wir mit der Entwicklung Schild Ost stehen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Schild Ost ist zurzeit am Ausloten mit den Entwicklungsträgern betr. weiteres Vorgehen im Zusammenhang mit der Gestaltungsplanung, dem Wettbewerb und in welchem Rahmen, in welchem Perimeter der Gestaltungsplan stattfindet. Wir haben jetzt einen Vorschlag auf dem Tisch seitens der Entwicklungsträger. Wir werden diesen Vorschlag jetzt beurteilen und entsprechend beantworten. Ich muss sagen, wir haben zum Teil nicht die gleichen Vorstellungen, doch alles liegt im Rahmen eines solchen Prozesses nicht artfremd. Der Markthof ist aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Zentrum. Wir haben gewisse Vorstellungen und haben dies auch in der Benutzungsordnung hinterlegt. Darum ist es dem Gemeinderat wichtig, dass eine gute Entwicklung stattfinden wird. Da liegen noch unterschiedliche Meinungen mit der Entwicklungsträgerin vor. Es ist aber, wie schon gesagt, zum Teil nicht ganz einfach.

Patrick Hehli: Ich habe eine Anschlussfrage zu dieser ganzen Markthofgeschichte. Inwiefern ist die Gemeinde in diese Entwicklung involviert? Ich spreche nicht von der Erteilung der Baubewilligung. Was muss man darunter verstehen?

Dieter Marin, Gemeindeammann: Auf dem Perimeter Schild Ost besteht eine Gestaltungsplanpflicht gemäss BNO. Es besteht die Möglichkeit, die Nutzungsziffer zu erhöhen im Zusammenhang mit einem Architekturwettbewerb. Für den Gestaltungsplan sind die Gemeinde und der Kanton zuständig. Er muss vom Kanton und von der Gemeinde genehmigt werden. Diese Qualität muss erarbeitet werden. Darum haben wir, wie bereits erwähnt, gewisse unterschiedliche Vorstellungen. Es ist ein interaktives Herantasten.

Lukas Füglistler: Ich habe eine Frage zum Oederlin-Areal. Wie ist der Stand dort?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Im Oederlin-Areal befinden wir uns in einer ähnlichen Phase. Wir haben einen ersten Entwurf BNO. Dort muss man ja gleichzeitig einen Gestaltungsplan erarbeiten und eine Anpassung der BNO vornehmen. In unserer aktuellen BNO wurde das

Oederlin-Areal ausgespart. Es wurde ein Wettbewerb durchgeführt. Jetzt muss über das gesamte Areal ein Gestaltungsplan ausgearbeitet werden. Zudem sind wir jetzt auch damit beschäftigt, den Teil der Benutzungsordnung anzupassen. Diese wird dann zur Entscheidung dem Einwohnerrat vorgelegt. Der erste Entwurf ist jetzt auch beim Kanton durch. Der letzte Schritt war der, dass wir mit dem Kanton und den Entwicklungsträgern zusammengesessen sind und abgestimmt haben, wo ist Handlungsbedarf in den beiden vorgelegten Dokumenten.

Erich Schmid Du meinst die Bau- und Nutzungsordnung? Wir, die CVP, haben eine klare Eingabe eingereicht und kundgetan, dass wir nicht so viel davon halten. Wir haben bis jetzt, ausser der Bestätigung vom letzten Sommer, dass unsere Eingabe eingereicht wurde, nichts mehr gehört. Werden die Mitwirkenden direkt informiert?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es gibt einen Mitwirkungsbericht über alle, die mitgewirkt haben.

Erich Schmid: Wann kommt der Bericht?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Das kann ich jetzt aus dem Stehgreif nicht sagen.

Peter Marten: Bei der Beantwortung zur Thematik OASE bin ich etwas überrascht. Es wurde eine schriftliche Frage gestellt und es wurde eine schriftliche Antwort gegeben. Ich denke, es ist ein Thema, welches uns Obersiggenthaler massiv beschäftigen wird. Ich konnte die Antwort noch nicht im Detail studieren. Wird der Gemeinderat eine proaktive Rolle einnehmen, was die Obersiggenthaler Position ist. Aus meiner Sicht geht es nicht um den Fairnesspreis in der Region für Obersiggenthal, sondern es geht darum, klar zu formulieren, was wir wollen und vor allem, was wir nicht mehr wollen. Da bitte ich den Gemeinderat entsprechend Gas zu geben und zwar hörbar.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich kann dazu sagen, dass wir mit dem Kanton und der Projektleitung in Kontakt stehen. Wir haben auch vor, vor der Vernehmlassung uns detaillierter informieren zu lassen und dann unsere Anliegen zu deponieren. Das vorliegende Schreiben war bereits beim Kanton zur Kenntnisnahme. Es ist also nicht so, dass wir uns nicht hören lassen. Es war auch entsprechend in der Zeitung erwähnt, dass wir dem Projekt skeptisch gegenüberstehen und einfach dagegen halten müssen. Im 2009 war dies das gleiche Thema. Der damalige Gemeinderat sagte ziemlich deutlich, dass man dagegen Stellung bezieht.

Markus Renggli: Ich habe eine Frage zur Arbeitsgruppe Finanzen. Die Frage geht an den Gemeinderat richtet sich aber eigentlich an die Motionäre. Was gedenkt der Gemeinderat zu tun, oder der Vertreter des Gemeinderates, wenn jetzt am 21. Januar 2016 an der nächsten Sitzung kein Präsident für die Arbeitsgruppe gefunden wird? Besteht Hoffnung, dass wirklich von denjenigen, welche die Arbeitsgruppe angestossen haben, was wir alle unterstützten, jetzt auch Taten folgen und die Leute bereit sind, wirklich anzupacken? Das heisst auch die heiligen Themen aktiv anzugehen und nicht nur die anderen zu kritisieren, welche offenbar ihre Aufgaben nicht erfüllen. Sind die Motionäre bereit, jetzt die Aufgaben auch wirklich anzupacken und den Lead von dieser Arbeitsgruppe zu übernehmen? Was ich jetzt gehört habe, und ich bin nicht in dieser Arbeitsgruppe, ist der Lead noch nicht erkennbar. Ich denke, es gibt jetzt freie Zeit, weil man ja keine Leserbriefe mehr schreiben muss. Und vielleicht kann man diese Zeit aktiv bei der Arbeitsgruppe einsetzen. Was passiert, wenn es keinen Präsidenten gibt? Ist die Arbeitsgruppe dann gestorben oder besteht wirklich Hoffnung, dass ein Präsident aus diesen Kreisen gefunden wird.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich gebe gerne Antwort. Ich bin Gemeinderat und nicht im Einwohnerrat. Es ist eine einwohnerrätliche Kommission. Diese Arbeitsgruppe muss sich selber konstituieren. Aber damit sie ihre Arbeit starten kann, hat der Gemeinderat gesagt, dass wir die erste Sitzung einberufen und nach Wahl des Präsidenten würde die Arbeitsgruppe vom Präsidenten weitergeführt. Die Vertreter des Gemeinderates haben kein Stimmrecht. Sie sind

quasi als Nabelschnur zur Verwaltung in der Gruppe vertreten. Ich habe mich noch einmal bereit erklärt, die Sitzung vom 21. Januar 2016 einzuberufen. Die Fraktionen haben schon im Dezember ganz klar gehört, wie es weiter geht. Ich kann und darf diese Kommission nicht leiten. Nach dem Traktandum 3 der Sitzung vom 21. Januar 2016, Wahl des Präsidenten, geht die Arbeit los oder nicht. Wenn niemand als Präsident gefunden wird, vielleicht kommt ja jemand, die Hoffnung stirbt zuletzt, ist die Sitzung beendet. Dann geht alles an den Einwohnerrat zurück. Nochmals der Hinweis, es ist eine einwohnerrätliche Kommission.

Paul Eugen Frunz: Ich kann meinen Mitgliedern in der Arbeitsgruppe das Messer nicht an den Hals halten. Dies bringt nichts und ändert nichts. Und das andere ist, ich werde mit allen nochmals sprechen, vielleicht kann ich noch mit anderen sprechen, Ich weiss das noch nicht. Ob Rochaden eine Option wäre, finde ich nicht unbedingt sinnvoll. Die Personen, welche sich gemeldet haben, finde ich, sind die richtigen Leute. Es wird nun gesagt, wir sind die Motionäre, wir haben den Präsidenten zu stellen und den Lead zu übernehmen. Aber ich bin der Meinung, auch als Mitglied kann man arbeiten. Der Präsident vertritt die Arbeitsgruppe. Ich werde prüfen, einen Präsidenten zu finden. Das Präsidium ist eine ehrenvolle Aufgabe und braucht Zeit. Die Zeit für dieses Amt kann sicher nicht verglichen werden, wie vorhin angetönt, mit der Zeit zum Verfassen eines Leserbriefschreibens. Dies als Randbemerkung.

Erich Schmid: Patrick Hehli sagte, die Dringlichkeit der Motion ist nicht so gegeben resp. man müsse nicht im Mai bereits alles erledigt haben. Das glaube ich auch, dass man nicht alles haben muss. Doch ich erinnere daran, dass die Motion im Oktober dringlich überwiesen wurde. Es stimmten wohl alle dafür. Und jetzt hapert es bei der Umsetzung, weil die Arbeitsgruppe sich nicht richtig findet. Dann finde ich es etwas speziell, wenn Du jetzt nicht mehr so auf die Dringlichkeit pochst. Die zweite Anregung an die Verwaltung bzw. an den Sekretär. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage bezüglich OASE hätte per Email verschickt werden können wie der Bericht der Finanzkommission. So hätten alle vorgängig der Ratssitzung die Beantwortung lesen können. Ich versuche, mich jeweils auf die Sitzung zu konzentrieren und nicht auf das Lesen. Einige Fragen betr. Geschwindigkeit Kirchdorf? Wir haben immer noch nichts gehört. Du hast Abklärungen gemacht? Immer noch beim Kanton? Eine Frage an Gemeindeammann zum Goldiland? Im November fand eine Information statt, dass wir im Terminplan und im Kostenbereich liegen. Darüber berichtete auch Marie-Louise Nussbaumer im Oktober 2015. Am Neujahrsapéro hast Du von Inbetriebnahme im Schuljahr 2017/18 gesprochen. Ich habe dann die genehmigte Vorlage nochmals studiert. Dort steht Ende 2016. Es ist wohl ein halbes Jahr Verzug. Irgendetwas stimmt hier nicht. Wo stehen wir jetzt effektiv? Die zweite Frage Schulraumplanung. Der Gemeindeammann hat angesprochen, dass Kindergärtler müssen/dürfen/sollen den Kindergarten in Kirchdorf besuchen. Marie-Louise Nussbaumer berichtete im Oktober 2015 mit der Motion von Christian Bossard. Die Fragestellungen sollen innerhalb eines Jahres von dem Gemeinderat beantwortet werden. Die Motion datiert vom 11. Dezember 2014. Das Jahr ist verstrichen. Ich möchte hier nicht um Monate oder Wochen feilschen. Doch meine Frage ist, wann kommt das? Ich denke, wir können über Kosten sprechen, wie wir wollen, das Schulhaus kommt. Wir haben da den grösseren Brocken, den es zu diskutieren gibt. Wir müssen nicht um CHF 500 vom Gemeinderat diskutieren, die grosse Summe ist 7-stellig, wenn wir Pech haben sind es schon 8-stellige Zahlen? Wo stehen wir mit der Schulraumplanung? Es muss Gas gegeben werden. Ich wies schon darauf hin, dass es nicht sein kann, die Geburtenzahlen immer wieder nachzutragen. In dem Moment, wo in der Gemeinde die steuerliche Prognose, die Zahlen, gespeichert werden, wird wieder jemand schwanger, welcher auf die Zahlen Einfluss hat. Prognosen sind wichtig und diese muss man analysieren. Aber sie sind immer falsch. Man darf sich nicht auf die Schülerzahlen alleine abstützen. Das grosse Potenzial liegt in den Vorlagen und Richtlinien vom Kanton, das ist, hoffe ich, auch klar. Wann kommt die Schulraumplanung, wann wird publiziert?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Beim Goldiland haben wir grundsätzlich einen Terminplan Ende 2016, also dieses Jahr. Im Moment halten wir den Terminplan ein. Ich kann noch keinen konkreten Termin bekannt geben, weil es jetzt Winter ist. Geht alles nach Plan, dann sind wir Ende 2016 mit dem Bau fertig. Jetzt gibt es einfach das Problem mit dem Verein, welcher das Goldiland führen wird, also dem Tagesstrukturenverein mit Hort und allem.

Der Verein ist grundsätzlich bisher immer davon ausgegangen, dass man auf das Schuljahr beginnt und nicht zwischendrin. Also im Moment tendieren wir dazu, dass der Betrieb vorher begonnen werden kann. Doch dies muss mit dem Verein zuerst vereinbart werden und dies gehört zum Ressort von Walter Vega. Aber wie gesagt, wir müssen zuerst den Winter abwarten. Und nachher können konkrete Gespräche geführt werden, dass evtl. im Februar schon begonnen werden kann, also nach den Sportferien, Beginn des 2. Schulhalbjahres.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Es ist so, dass wir am Auftrag arbeiten, welcher uns der Einwohnerrat im Zusammenhang mit der Motion Schulraumplanung erteilt. Wir haben eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Schulleitung, Schulpflege, Gemeinderat, Verwaltung und Metron. Ziel ist, den Metron-Bericht zu aktualisieren und uns den Begebenheiten entsprechend anzupassen. Wir arbeiten intensiv daran. Die Schule hat aufgrund der finanziellen Situation Hand geboten und ihrerseits bereits mehrere einschneidende Massnahmen getroffen. Ein Beispiel ist der vorläufige Beschluss, in Kirchdorf die zwei Kindergärten, welche von Kirchdorfer Kindern nicht allein gefüllt werden, nun mit Kindern aus Nussbaumen zu füllen. Das hängt damit zusammen, dass uns für Investitionen das Geld fehlt. Jetzt versucht der Gemeinderat zusammen mit der Arbeitsgruppe die ganzen Sachen so weit nach hinten zu schieben, indem wir soweit wie möglich die Schulraummöglichkeiten ausnützen. Wir haben auch schon von kurzfristigen Massnahmen gesprochen. Wir haben auch dort festgestellt, dass noch etwas geschoben werden konnte. Kurzfristige Massnahmen werden wohl erst im 2017 aktuell. Darum haben wir uns auch etwas Zeit gelassen mit dem Schulraumbericht. Ich rechne damit, dass an einer der nächsten Einwohnerratssitzungen der Bericht vorgetragen wird. Wir stehen mit den Investitionen nicht so im Zeitdruck. Wir haben uns nach der Decke gestreckt. Wir haben priorisiert und haben gesagt, wir nutzen die Möglichkeiten aus und bringen den Schulraum erst, wenn es tatsächlich nötig ist.

Erich Schmid: Wenn ich höre, wir brauchen wahrscheinlich erst in 2017. Kann es auch erst 2019 sein? Sicher nicht im 2016?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Sicher nicht im 2016. Ich kann sagen, dass auch wenn der Bericht vorliegt, müssen wir uns nicht nach den Zahlen richten. Aber wir müssen uns nach irgendetwas richten. Man muss sich irgendwo anlehnen können. Ich kann nicht sagen, wir haben eine Klassengrösse von 25 Schülern. Ich muss doch ungefähr die Entwicklung wissen, wie ist die Prognose der Bevölkerungsentwicklung. Dafür haben wir die Metron engagiert, welche uns da unter die Arme greift. Ich gebe dir recht, die heute vorliegenden Zahlen sind morgen wieder anders. Aber auf einer Grundlage muss man planen. Ich bin überzeugt, wenn wir den Plan vorlegen, dann werden wir vom Einwohnerrat auseinander genommen, weil es jeder besser weiss. Ich bin der Meinung, wir sind gut unterwegs.

Erich Schmid: Wann kommt das?

Dieter Martin, Gemeindeammann: An einer der nächsten oder der übernächsten Sitzung.

Erich Schmid: März oder Mai?

Dieter Martin, Gemeindeammann: März oder Juni.

Erich Schmid: Am 2. Juni? Also das wäre dann mit der Rechnungsablage und dem Rechenschaftsbericht?

André Kummer: Wenn der Kanton sagt, dass mit den Schulräumen pro Klasse praktisch etwa 3 Schulräume gebraucht werden, gibt es dann Übergangsfristen? Oder kann der Kanton sagen, ab dem Datum muss das bereit stehen?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Kanton macht Empfehlungen. Es ist aber so, die Schule und die Schulformen haben sich verändert. Es wird nicht mehr gleich Schule gegeben wie vor 50 Jahren. Wenn man heute ein Schulhaus baut, dann muss man sich schon überlegen, bau-

en wir jetzt ein Schulhaus wie vor 50 Jahren oder bauen wir ein Schulhaus, welches zukunftsgerichtet ist und den neuen Schulformen einigermaßen gerecht wird. Wir können wahrscheinlich streiten, ob Gruppenräume pro zwei Klassen gebraucht werden oder ob der Gruppenraum von drei Klassen genutzt wird. Mit solchen Sachen müssen wir uns auseinandersetzen. Das ist nicht etwas, das der Gemeinderat einfach entscheidet. Wir kommen mit einem Antrag und dann gibt es so grosse Augen, weil alles immer viel kostet. Wir müssen uns auch hintasten, es wird eine Auseinandersetzung geben, davon bin ich überzeugt. Aber es ist so, dass wir versuchen, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln in Anlehnung an das Wissen, dass wir das Geld nicht haben, um euch eine Vorlage präsentieren zu können, wo alle dahinter stehen können. Wir stehen natürlich hinter der Vorlage und hoffen, dass ihr dann auch dahinter stehen könnt.

Erich Schmid: Das ist ja genau das mit den Richtlinien mit den 1.75 Klassenräumen pro Klasse. Wenn man sagt, es braucht nur 1.5, wenn das so aus eurer Sicht beschlossen wird und wir dem zustimmen, dann sprechen wir von 1/7 Fläche, welche eingespart wird. Wegen den Kinderzahlen, da hast du schon recht, man braucht eine saubere Grundlagen, aber die ändert sich immer. Ich glaube, die Metron hat nun ein Jahr geübt und die Grundlage sollte nun vorliegen. 1/7 Schulflächenänderung bei der Richtlinienkorrektur entspricht etwa 150 Schülerzahländerungen über alle 9 Klassen gerechnet. Das ist auch 1/7 von den 1000. Soviel ändert das nicht. In den Richtlinien liegt das Potenzial mit der Umsetzung und allen anderen Vorgaben. Es ist kein Gesetz, es ist eine Richtlinie.

Patrick Hehli: Ich habe zwei Sachen. Das erste zu dir, Erich, wegen der Dringlichkeit. Da möchte ich präzisieren. Klar haben wir dies als dringlich überwiesen. Und es geht mir auch darum, dass man vorwärts macht mit der Arbeitsgruppe Finanzen und damit möglichst schnell Resultate präsentiert werden können mit Potenzial zum Sparen. Ich möchte aber auch unterstreichen, dass ich nicht verärgert bin, wenn Sachen präsentiert werden, welche erst im 2018 umgesetzt werden können. Das meinte ich mit nicht zu stark Druck machen nach dem Motto, im April muss die Arbeitsgruppe mit ihrer Arbeit fertig sein. Das schränkt ein. Die Arbeitsgruppe darf bis zum Budget anfangs Juli Zeit haben, um definitive Sachen umsetzen zu können. Dies als Ergänzung zur Dringlichkeit betr. Arbeitsgruppe Finanzen.

Erich Schmid: Dann würde das auch an der Juni-Sitzung diskutiert neben Rechenschaftsbericht, Rechnung und Schulraumplanung. Man muss sich überlegen, ob zwei Termine reserviert werden müssten.

Patrick Hehli: Nun zum Zweiten. Ihr erlaubt mir, ich bin in der Regel eigentlich ein Freisprecher. Mein nun vorzutragender Punkt fällt mir heute Abend sehr schwer aufzubringen und vorzutragen. Sie können mir glauben, die folgenden Worte fallen mir nicht ganz leicht. Ich habe mit mir lange selber gerungen, ob ich mich zu Wort melden soll. Ich rede hier als Stimmbürger, als Einwohnerrat und vertrete sicher auch Teile der SVP-Fraktion. Grundsätzlich schätze ich jeden hier und ziehe vor allen den Hut, welche sich für ein Amt in der Politik zur Verfügung stellen. Ich weiss auch, dass es immer leicht ist zu kritisieren. Ich bin mir bewusst, dass die aktuelle Lage in unserer Gemeinde es nicht unbedingt einfacher macht, Politiker zu sein. Ich danke nochmals allen, welche sich für ein Amt einsetzen. Erfreulich für mich ist die Entwicklung im Einwohnerrat. Es wird wieder vermehrt parlamentiert, geredet, gestritten und argumentiert und nicht mehr alles nur durchgewinkt. Auch die Zusammenarbeit mit den Fraktionen funktioniert zurzeit wirklich bestens. Wir können klar nicht immer gleicher Meinung sein, aber davon lebt das demokratische politische Leben. Ich möchte keinen Putz verursachen oder jemanden zum Rücktritt zwingen. Ich möchte einfach kund tun, wie ich momentan die Politik in Obersiggenthal wahrnehme. Als gewählter Volksvertreter möchte ich eigentlich einfach meine Pflicht wahrnehmen. Sorgen bereitet mir zurzeit der Gemeinderat. Ich habe nichts gegen die Personen im Gemeinderat. Ich habe aber das Gefühl, es laufe zurzeit nicht sehr gut. Ich bin mir bewusst, dass zum Start einer Legislatur immer Zeit gebraucht wird, bis sich die Gruppe findet, bis man einander versteht, bis man sich in das System und in die Dossiers eingelese hat. Aber irgendwann sollte dieser Prozess abgeschlossen sein und auf den Boden gebracht werden. In der Gruppenbildung gibt es verschiedene Phasen. Die sind ganz natürlich, egal ob

Verein, Politik oder Partnerschaft. Die erste Phase ist das Forming, das heisst das Einsteigen, die Findungsphase, der Kontakt. Die zweite Phase ist das Storming, das Auseinandersetzen, die Streitphase, Konflikt. Die dritte Phase ist Norming, da werden Regeln aufgestellt, es ist die Übereinkommensphase und es gibt Kontakte. Die vierte Phase ist Performing, das ist die Phase, in der gearbeitet und gelenkt wird. Und irgendwann gibt es eine Auflösungsphase, die können wir nicht selber bestimmen, denn die wird vom Stimmbürger bestimmt. Ich persönlich habe das Gefühl, dass sich der Gemeinderat immer noch in der zweiten Phase befindet, in der Stormingphase. In der zweiten Phase kommt es häufig zu Unstimmigkeiten über Prioritätensetzung, wenn die Teammitglieder verschiedene Ziele verfolgen. Es kommt zu Machtkämpfen um Führungsrollen und Status in der Gruppe. Dadurch entstehen Spannungen zwischen den Teammitgliedern. Die Beziehung ist eher konfliktbeladen, im schlimmsten Fall sogar feindselig. Über die Arbeitsorganisation in dieser Phase ist die Leistung der Gruppe eher gering. Der Gemeinderat tritt für mich gegen aussen nicht als Einheit auf, obwohl in der Gemeindeordnung Art. 40 Abs. 3 steht: „Der Gemeinderat fasst seine Beschlüsse als Kollegialbehörde und vertritt die Gemeinde nach aussen.“ Ich stelle als Politiker immer wieder fest, dass gewisse Gemeinderäte nicht Dossier fest sind und ziemlich gewagte Aussagen machen. Und diese spüren auch nicht genau, in welche Richtung der Gemeinderat gehen will. Jetzt ist die Hälfte der Legislaturperiode verstrichen und der Bürger und auch wir Einwohnerräte kennen die Legislaturziele vom Gemeinderat nicht. Dieses Buch, das haben wir ziemlich genau vor 10 Jahren erhalten, die ältern Einwohnerräte haben das, ist ein Leitfaden Kommunalpolitik, eine reizvolle Herausforderung, Leitfaden für die Praxis. Ihr erlaubt mir ein Zitat daraus: Strategisches Management. Eine Strategie zeigt den Weg zum Ziel. Sie wird in der Gemeinde hauptsächlich durch den Gemeinderat bzw. Stadtrat bestimmt. Die Gemeinde positioniert sich mit der Strategie. Sie richtet sich nach Zielen aus. Die Effektivität (Wirksamkeit) zählt. Das heisst, die richtigen Dinge sind festzulegen. Laufende Veränderungen sind stets zu beachten und miteinzubeziehen. Strategien sind mit einem Sonntagsausflug zu vergleichen. Die ganze Familie sitzt vorgängig zusammen und diskutiert alle vorstellbaren Ausflugsvarianten. Dann wird das Ziel entschieden. Ist es bekannt, wird die Route bestimmt. Strategien sind nur dann wirksam und erfolgreich, wenn sie auf Fähigkeiten und Strukturen basieren und auf diese auch zugeschnitten sind. Fähigkeiten sind Sachkompetenz, Professionalität, Verhaltenskompetenz, Teamfähigkeit, Diplomatie, Kommunikation, Führungsfähigkeit, Motivation, Durchsetzungskraft. Ich werde den Eindruck nicht los, wie bereits heute schon einige Male erwähnt, dass wir zu wenig volksnah politisieren. Das gilt nicht nur für das Budget. Parkplatzproblem, Schulraum nein auch im Verkehr. Es geht nicht an, dass der Gemeinderat Aussagen tätigt, der oder die Partei sei Schuld an dem Entscheid. Wir sind eine Demokratie und es braucht für jeden Entscheid eine Mehrheit im Einwohnerrat. Einer allein kann nichts umsetzen, anpacken oder entscheiden. Wir brauchen eine Mehrheit von uns 40 Einwohnerräten. Ich bin mir bewusst, dass es in einem Team nicht immer reibungslos zu- und hergehen kann. Ich verlange auch nicht, dass man miteinander die Ferien verbringt. Ich bitte aber, dass man sich nun endlich den nicht leichten Aufgaben annimmt, führt, handelt und vor allem als Einheit gegen aussen auftritt. Dazu gehören ehrliche Kommunikation, Information nach unten und oben. Es geht um die wunderbaren Sachen unserer Gemeinde als Gemeinde Obersiggen-thal. Die hat den ganzen Einsatz von allen verdient, als Miliz- als auch als Vollamtpolitiker. Gerade in politisch schweren Zeiten muss man den Gemeinderat als Einheit spüren. Sonst ist man als Gemeinde schnell verwundbar. Wir sind in der guten Lage, einen Ammann im Vollamt zu haben. Da erwarte ich Ziele und eine tatkräftige Führung. Man muss den Gemeinderat als Ganzes spüren, auch wenn jeder andere Sachgebiete zu vertreten hat. Noch einmal als Abschluss. Ich schätze jeden von Euch hier und ich muss sagen, das gilt auch für die Einwohnerräte, wenn jemand das Gefühl hat, seinem Amt nicht mächtig zu sein oder fühlt sich überfordert, so muss man ehrlich zu sich selber sein und sagen, ich muss das Amt leider freigeben. Ich spreche auch unsere Arbeitsgruppe an, welche jetzt steht, da bin ich knallhart, das muss ich sagen. Wenn ich mich melde, dann soll ich auch bereit sein, dort zu arbeiten. Ich möchte niemanden hier als Privatperson treffen. Ich schätze alle, das habe ich bereits zu Beginn gesagt. Ich möchte auch keinen Putsch anzetteln. Ich spreche wieder zu den Gemeinderäten, Linus, Marie-Louise, Franziska, Walter und Dieter, es geht um euch als Kollegium. Bitte reflektiert eure halbe Amtszeit und spürt den Puls der Bevölkerung. Ich danke allen und möchte mich gleichzeitig bei allen entschuldigen, welchen ich zu nah gekommen bin. Aber es ist Zeit, endlich etwas zu sagen. Ich

würde mich aber trotzdem freuen, nachher mit der einen oder anderen Person noch anzustossen.

Christine Brüesch: Die eine oder andere Kritik war vielleicht berechtigt. Aber ich möchte einfach sagen, unter so viel Kritik, wie der Gemeinderat jetzt einstecken musste, könnte ich die Arbeit schon lange nicht mehr machen.

Ursula Haag: Wenn keine Wortmeldungen mehr erfolgen, dann schliesse ich um 22.10 Uhr meine erste offizielle Einwohnerratssitzung und lade alle ganz herzlich ins Restaurant Neuhaus ein. Das erste Getränk übernehme ich.

Die Präsidentin:

Ursula Haag

Die Protokollführerin:

Romana Hächler